

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseratengeschäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 116, Fernsprecher: Amt Lütow, 2513.

(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 26.

Berlin, den 30. Juni 1912.

13. Jahrgang.

Einladung.

Gemäß den Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes beruft der unterzeichnete Ausschuß den

VIII. Kongreß

der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

am 6. Oktober und die folgenden Tage in Dresden ein. Tagungsort wird noch bekanntgegeben.

Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften
 - a) zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart;
 - b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik.
3. Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.
4. Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortskartelle in den christlichen Gewerkschaften.
5. Das Arbeitsrecht.
6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge.
7. Das Schieds- und Einigungswesen.
8. Die Wohnungsfrage.
9. Erledigung von Anträgen.

Zur Besichtigung des Kongresses durch Delegationen werden alle dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände aufgefordert. Anmeldungen sind bei dem Generalsekretariat zu bewirken. Anträge können gestellt werden von den Vorständen oder Generalversammlungen der einzelnen Verbände, deren Zahlstellen und den Ortskartellen der christlichen Gewerkschaften. Die Anträge sind bis spätestens 8. September bei dem Generalsekretariat einzureichen.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der Berliner Ansturm ab- geschlagen.

Erklärung.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hatte in seiner heutigen Sitzung zu prüfen, ob zur Ergreifung etwaiger neuer Maßnahmen und Vorkehrungen in Sachen des Gewerkschaftsstreites ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß einberufen werden solle. Die Beratungen führten zu folgendem einstimmigen Beschluß:

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß erweist sich mit Rücksicht auf den im Herbst ohnehin stattfindenden ordentlichen Kongreß im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzungen als nicht notwendig.

Der Verleumdungsfeldzug der katholischen Fachabteilungsbewegung ist auf der ganzen Linie erfolgreich abgeschlagen. Noch nie hat sich die öffentliche Meinung so entschieden und so einmütig für unsere Bewegung eingesetzt. Nach den letzten Ereignissen fehlt den Sonderbestrebungen der Fachabteilungen in Deutschland jedweder Resonanzboden. Zu Ueberzeugungen an den Grundrissen und der Praxis der christlichen Gewerkschaften liegt keinerlei Veranlassung vor.

Die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft katholischer und evangelischer Konfession steht wie ein Mann fest in der unerschütterlichen Ueberzeugung von der wirtschaftlichen und nationalen Notwendigkeit ihres gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens. Die grundsätzlichen Angriffe der Fachabteilungsbewegung gegen den christlichen Gewerkschaftsgedanken erachtet sie in ihren letzten Konsequenzen als Angriffe auf das Wirtschafts- und Verfassungsleben unseres Vaterlandes.

Wir protestieren daher erneut gegen die unablässigen Verdächtigungen und Beunruhigungen, wie sie von der bekannten Presse des In- und Auslandes seit Jahren gegen die christlichen Gewerkschaften betrieben werden. Ehrennämiger Art ist es nicht, zu unterstützen, wo die Tatsachen unzweideutig reden. Wir protestieren vor allem gegen die ungleiche Behandlung der Arbeiter im Gegensatz zu allen anderen Ständen.

Gegen unsere Grundsätze und unsere bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit konnten stichhaltige und tatsächliche Einwände sittlich-religiöser Art, auch nach dem Zeugnisse berufener Instanzen, nicht beigebracht werden. Die christlichen Gewerkschaften beanspruchen deshalb gleich allen anderen Ständen ihre wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit.

Köln, den 19. Juni 1912.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Sie haben zu früh gejubelt.

Ein Rückblick.

Es war gut eingefädelt, was die Herren von „Sitz Berlin“ vorhaben. Diesmal sollte es ein Hauptschlag, ein Schlag der Vernichtung gegen die christlichen Gewerkschaften sein. Jetzt oder nie! Im eigenen Verbands- und Fachabteilungsgebäude sticht der Sturm. Es kracht in Emsland, im Saarrevier,

im Siegerland und sogar in Berlin und im schlesischen Ausbreitungsgebiet. Immer weiter greift die Erkenntnis, daß mit dem „Berliner System“ in Deutschland keine opferfreudige und hoffnungsvolle Arbeiterbewegung möglich ist. Seit Jahren ist die innere Verfassung von „Sitz Berlin“: Stagnation und Rückgang in der Mitgliedschaft der Arbeitervereine, sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben der Kasseneinrichtungen, massenhafte Flucht aus den katholischen Fachabteilungen. Unter solchen Umständen mußte etwas außerordentliches geschehen gegen die vom Verstand und Erfolg begünstigten Gegner, die christlichen Gewerkschaften nämlich. Die haben das unmöglich Erreichende ausgehalten, einen zehnjährigen Verdächtigungs- und Verleumdungsfeldzug, geführt einerseits vom Verband „Sitz Berlin“, von den Sozialdemokraten andererseits. Keiner von beiden war bislang auf seine Rechnung gekommen, weder „Sitz Berlin“ noch die Roten. Das Kümmerlein an der Wage der Beurteilung der christlichen Gewerkschaften an kirchlichen Stellen ging wohl zeitweise etwas unruhig hin und her. Aber endlich trat doch Ruhe ein. Diejenigen, auf die „Sitz Berlin“ gehofft, die deutschen Bischöfe, sind fast ausnahmslos zu dem Erkenntnis gekommen, daß die katholischen Arbeiter Deutschlands mit dem „Berliner System“ in wirtschaftlicher Hinsicht zur Ohnmacht verurteilt und daher nicht zufriedenzustellen sind. Die Sache war in Deutschland entschieden. Das mußte „Sitz Berlin“, und das war der große Schmerz seiner Drahtzieher. Darum mußte ein großer Trumpf ausgepielt werden. Das Spiel begann.

Erst erschien ein neues Buch: „Unwahrheiten über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken“ hätte man es betiteln können. Eine anonyme Schrift selbstverständlich, gezeichnet Bahard. Das Buch wird ins Italienische übersetzt und dem Papst überreicht. Als Orientierung über die Lage der Dinge in Deutschland. Das war der Anfang der Aktion. Es war im Herbst vorigen Jahres. Draußen meldeten sich bereits die schweren politischen Kämpfe an. Die Freunde der christlichen Gewerkschaften hatten anderes zu tun, als den in Bahard zum so und so vielen Male zusammengetragenen und im vorliegenden Falle nur strupelosen und insamer formulierten Verdächtigungen nachzugehen, zumal sie mußten, daß für „Sitz Berlin“ in Deutschland selbst nichts mehr zu holen war. Indessen schlichen seine Vertreter und Hintermänner über die Landesgrenzen direkt nach Rom. Und da steckten die Freunde alle die Köpfe zusammen und kuschelten und muschelten und säbelten ein. Die Sache mußte diesmal klappen.

Pfarrer Behr-Berlin-Dichterfelde, erster geistlicher Beisitzer im Verbandsvorstand „Sitz Berlin“, überbrachte am 20. Mai dem Papst namens seines Verbandes eine „Huldigungsadresse“. Ihr Wortlaut ist bekannt. Sie war so abgefaßt, daß sich damit etwas machen ließ, wenn es gelang, eine bestimmte Antwort darauf zu erlangen. Dann war nach Meinung der „Berliner“ Drahtzieher der Zweck der Aktion erreicht, die christlichen Gewerkschaften unten und „Sitz Berlin“ oben. Der Papst beantwortete diese Huldigungsadresse richtig mit einer „Ansprache“. Heute wissen wir, daß die Freunde der „Berliner“ diese Ansprache selbst verfaßt haben. Auch bei der als ergänzende Aktion nebenher gehenden Uebersendung verschiedener lautender Telegramme an die Pfingsttagungen der katholischen Arbeitervereine des Parteilverbandes für West-, Ost- und Süddeutschland bezw. „Sitz Berlin“ haben die guten Freunde des „Berliner“ Verbandes ihre Hand im Spiele gehabt. So hatten sie die einzigartig „Belobigung“ für sich und „Mahnung“ und „Ver-

Urteilung" der anderen erwirkt. Der Spektakel konnte losgehen. Herr Pfarrer Beher gab auf dem Delegiertentag des Verbandes „Sitz Berlin“ mit großem Applaus und unter „erneut lebhaftem“, immer sich wiederholendem Beifall“ Kenntnis von der Antwort des Papstes auf die Huldigungsadresse. Generalsekretär Vic. Journelle war so „tief ergriffen“, daß seine Kräfte wahrlich nicht imstande waren, all das zum Ausdruck zu bringen, was an Dank im Herzen der „Berliner“ lebte usw.

Die Sache erschien „Sitz Berlin“ absolut klar. Der Augenblick erforderte zwar für sie in Deutschland gesiegender Zurückhaltung, den Lärm hatten die ausländischen Freunde zu besorgen, die denn auch jünger aus der privaten Ansprache des Papstes an Pfarrer Beher ein „Dekret vom 20. Mai“ machten. Die christlichen Gewerkschaften waren also „klipp und klar verurteilt“. Das glaubten die „Berliner“ erreicht zu haben.

Die sozialdemokratische Presse kugelte sich vor Freude. „Rom hat gesprochen, der Streit ist erledigt. Ueber die Christen aber ist damit das Todesurteil gefällt ... im Lager der christlichen Gewerkschaften herrscht Verwirrung und Aufregung“ (Möhen, Stg. Nr. 123), so gestalte es landauf, landab. Wahre Orgien an Ausschweifung der Phantasie wurden in den sozialdemokratischen Parteipublikationen gefeiert. Sei sahnen hohlwangige christliche Gewerkschaftsführer mit schlotternden Knien herumgeißeln — heil! das war eine Kirmeß. Nur dauerte sie nicht lange.

Im Lager der christlichen Gewerkschaften war weder Verwirrung noch Auflösung. Der Vorstand des Gesamtverbandes erließ eine Erklärung — eine Proklamation voller Würde und Entschlossenheit, und von der gesamten Öffentlichkeit als solche begrüßt. Mehrere größere Verbände folgten hinterher. Das ging Schlag auf Schlag. Die gesamte katholische Presse — nicht ein einziges Blatt wagte es, sich offen und unzweideutig zu „Sitz Berlin“ zu bekennen — stellte sich auf Seiten der verdächtigsten und verlesendsten christlichen Gewerkschaften. Die katholischen Arbeitervereine, die zu ihnen hielten, machten ebenfalls mobil. Die geistlichen Leiter der großen Verbände nahmen in entscheidender Weise Stellung gegen das verleumderische Vorgehen des „Berliner“ Verbandes und löschten Protestresolutionen an ihre zuständigen Bischöfe. Es war innerhalb Tage lang eine einzige und einmütige Ablehnung des unqualifizierten Verhaltens und der fortgesetzten Verleumdungen der „Berliner“ in allen Variationen. Diese Tage, die als Sieges- und Jubeltage über ihre Feinde gedacht waren, haben „Sitz Berlin“ überaus bittere Stunden gebracht. Hundertfach wurden den Machern dieses Verbandes die Forderungen, deren sie sich seit Jahren gegen ihre Mandatsträger schuldig gemacht haben, ins Angesicht geschleudert. Dazu kam, daß ihnen die neu organisierten Trümmer eines und eines aus den Händen geriffen wurden.

Der Urhörer der römischen Note, Dr. Heiner, gab zunächst unterm 6. Juni eine Erklärung ab, von der er behauptete, daß sie Wort für Wort den Intentionen des Papstes entspräche. Darin sagt er unter anderem, daß jene Ansprache des Papstes an die Überbringer der Huldigungsadresse (der Hauptmann keinen authentischen Charakter habe und deshalb durchaus nicht in Frage komme oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. Das war der erste Schmerz für „Sitz Berlin“. Die christlichen Gewerkschaften, hieß es fangemäßig weiter, wären nicht verurteilt; man habe nur sagen wollen, daß sie, da sie als Organisation von den katholischen Grundfragen und der kirchlichen Autorität absehen, eine Gefahr für ihre katholischen Mitglieder bilden“. Die Presse bekehrte sich lebhaft mit dieser Erklärung und gab einstimmig der Meinung Ausdruck, daß sie nicht genügen könne, um die durch die Katholiken des Verbandes „Sitz Berlin“ in mehrere Kreise des katholischen Volksteils heraufgewogene Unruhe zu beheben. Unter dem 8. Juni erfolgte eine weitere ausführlichere Darlegung Dr. Heiners: „Verleumdungen und Mißverständnisse“ nannte er sie. Da hieß es: „Man hat beiden päpstlichen Kundgebungen eine zu große Tragweite und Bedeutung beigelegt oder einen Sinn untergelegt, den sie gar nicht haben.“ Kernpunkt dieser Erklärung Heiners war: Der Papst wolle die christlichen Gewerkschaften nicht verurteilen, wie dies angeblich im „Differatore Romano“ vom 21. Januar 1906 erklärt worden ist. Jene Note, auf die sich Heiner hier bezieht, wies es bekanntlich ausdrücklich, daß „einige sich auf die Autorität des Papstes“ berufen, als ob derselbe die Sachabteilung gelte und ermannt hätte auf Kosten der christlichen Gewerkschaften, und erklärte gleiches Wohlwollen, was er ... für beide Organisationen. Auf diesen Standpunkt, so ... Heiner, künde der apostolische Stuhl heute noch.

Es ist keinerlei Veränderung in seiner bisherigen Stellung der Haltung zu den christlichen Gewerkschaften eingetreten.“ Und noch einmal wird

scharf herausgehoben, daß jene Ansprache, die Pfarrer Beher als „Kundgebung des Papstes“ in die Welt hinausposaunt, gar keinen authentischen Charakter besitzt und deshalb durchaus nicht in Frage kommen oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. In anderen Worten, eine Aufforderung an „Sitz Berlin“, die geplante Agitation mit der „Ansprache“ einzufalzen.

Diese Erklärungen des Dr. Heiner hat der apostolische Nuntius in München, Frühwirth, nachträglich als dem Auffassungen des Papstes entsprechend anerkannt, und als sich gleich hinterher die „Germania“ herausnahm, zu bezweifelnde Beratung der zweiten Erklärung des Urhörer Heiner Authentizität zukomme, ging der „Sölnischen Volkszeitung“ aus Rom ein Telegramm zu, daß auch dieser Finte der „Berliner“ den Boden entzog. Inzwischen nahm der Sturm in der Tagespresse seinen Fortgang, bis der Papst durch den Münchener Nuntius den Wunsch aussprechen ließ, „daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse einstellen“ sollten und den katholischen Arbeitervereinen Deutschlands durch eine in Hildesheim zusammengetretene Bischofsversammlung mitgeteilt war, daß „die Gewerkschaftsangelegenheit in ernste und wohlwollende Beratung genommen“ sei. Nachträglich teilte die Hildesheimer Zeitung weiter mit, daß der Standpunkt, den die „soziale Kommission der preussischen Bischöfe ... in einem Telegramm an die um die Gewerkschaftsbewegung hochverdienten Führer“ eingenommen habe, geeignet sei, „Beruhigung im katholischen Lager zu schaffen und das Vertrauen auf eine baldige zufriedensstellende Entscheidung zu verstärken.“

So steht die Sache zur Stunde.

Ein total anderer Ausgang, wie ihn „Sitz Berlin“ vorausgesehen. Die Ansprache, der Haupttrumpf, ist endgültig und unzweifelhaft ausgeschaltet, das Telegramm an den Frankfurter Kongreß des Kartellverbandes in Tragweite und Wirkung eingeeengt. Was Wunder, wenn Kassenammer an der Verbandszentrale „Sitz Berlin“ eingelehrt. Der „Arbeiter“ mimt bereits die verfolgte Unschuld, jündet es „nur zu natürlich“, daß „Sitz Berlin“ „den Beifall der Welt nicht finden konnte“ und tröstet sich mit dem Bewußtsein, teilgenommen zu haben an dem Kampfe der streitenden Kirche, „an dem Kampfe für die Wahrheit und das Recht und für das Geiz Gottes“. Als „echte Christen“ müßten die Vertreter des Verbandes „auch an den Verfolgungen teilhaben“ usw. „Sitz Berlin“ hat Grund zu elegischem Gesänge, denn dieser neueste Streich hat seine Sache nicht nur nicht weiter gebracht, sondern sie ganz bedauernd verächtlicht. Das eigenmächtige, hinterlistige und unvorsichtige Vorgehen hat die alten Gegner der Bestrebungen der Nachabteilungsmänner noch schärfer gemacht und neue Gegner haufenweise geschaffen. Heute revoltiert der anständige Mensch gemeinhin gegen derartige Praktiken, wie sie sich das System „Sitz Berlin“ immer wieder herausnimmt. Dieser letzte Streich, den die Berliner geführt, kann bewirken, daß er wirklich der letzte gewesen ist.

Noch ein paar Worte über das Verhalten der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspressen. Wir haben bereits bemerkt, daß der Jubel über die angebliche „Verwirrung und Auflösung der christlichen Gewerkschaften“ nicht lange anhält. Statt dessen zog die Verwirrung in die Redaktionen der roten Blätter ein. Da gal's Tag um Tag längere Gesichter und ärgerlichere Stimmung. Es war zum Bersten. Die christlichen Gewerkschaften hielten fest, die gesamte öffentliche Meinung im katholischen Lager stand auf ihrer Seite. Schon unterm 5. Juni verzeichnete die rote Presse mit süßlicher Miene einen Passus aus der „Sölnischen Korrespondenz“ (Richtung „Sitz Berlin“), in der es hieß, daß „eine offizielle Verurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht als bevorstehend zu betrachten“ sei. Dann kamen die Erklärungen Heiners und deuteten klar den Gang der Entwicklung an. Da kam Verwirrung und Ratlosigkeit über die roten Schmörs, und es begann ein possierliches Geheisse einmal so, einmal so, immer aber grenzenlos dümm und lächerlich. Erst hat es geheissen: Die „Christen“ sind tot, selbstverständlich. Aber sie lebten quierischvergnügt weiter, und das sah alle Welt. Dann fing die rote Presse an, unsicher hin und her zu fackeln und herumzuraten und sich von den Profanen zu nähren, die vom Lische fielen. Endlich kam das Lächerlichste heraus, was die Welt je gesehen: Die roten Blätter brachten Artikel unter der Überschrift „Sturm auf gegen den Papst“. Darin redeten sie tief bekümmert von einer „großen Respektlosigkeit vor dem Papst als dem Oberhaupt der katholischen Kirche“, dessen sich die christlichen Gewerkschaftler und ihre Freunde schuldig machten. Ein überwältigend komisches Bild: Dieselbe sozialdemokratische Presse, die jahraus, jahrein Kirche, Papsttum und Geistlichkeit mit Gift und Galle ... wirft sich in die Brust, um den Park in Schug zu ... gegen die christlichen Rebellen“ (die man kurz zuvor hohlwangig und jäh-

fernden Knies hingestellt). Best die „Vergarbeitszeitung“ (Nr. 24), wie sie den Giesberts heruntermacht, der „kein gehorsamer Katholik“ sein will, da Stegerwald, der der „elementarsten Kenntnis des Katholizismus“ entbehrt, „die einen Katholik vor eine Herabsetzung der kirchlichen Autorität bewahrt“ steht, wie ausgerechnet die ruppige „Vergarbeitszeitung“ sich hinstellt und fromm entrüstet mit der „Germania“ ausruft: „Kein Mensch, der noch den Heiligen Stuhl die gebührende Ehrfurcht hat, wird behaupten wollen, der Papst habe sich durch irriige Informationen zu einer Kundgebung von unumfassender, weittragender Bedeutung drängen lassen“; wie sie grollt gegen die Köln-Glabbacher, die sich nicht unterwerfen wollen. Das ist ja alles so süß und so reizend, daß man sich darüber toll lachen könnte. Dann der „Korrespondent“ (Nr. 8) für Deutschlands Buchhändler, wie er sich ecklich entrüstet über die „offene Auflehnung“ der Führer der christlichen Gewerkschaften gegen den Willen ihres geistlichen Oberhirten“, um damit zu beweisen, daß „ihre religiöse Gesinnung und ihr Achtung vor kirchlicher Autorität purer Schwindel“ waren. Hört es, ihr Katholiken, der „Korrespondent“ sagt's, derselbe „Korrespondent“ der seine Weltanschauung als „modernes“ Blatt vom Berliner Tageblatt bezieht und mit ihm sich allezeit hochmüht, mollierte über die dunkel mittelalterlichen, kirchlichen Einrichtungen, er schneidet die schönste Frage und verkündet es hoch und feierlich: „So viel bleibt für jeden wirklichen Katholiken (wie etwa Willy Brühl) der sein Christentum nicht nur in der Hosentäsch trägt, bestehen, daß der Papst vom römisch-katholischen Standpunkt aus unbedingt im Recht ist“. Oh, die jarmesigen Brüder! Kein Pferd, nicht einmal ein berlinerisches, fällt auf ihr eckhaft heuchlerisches Geschwätz herein. Die Vernichtung ihres energischsten Gegners ist ihnen an der Nase vorbeigegangen. Die christlichen Gewerkschaften werden bleiben, selbst wenn sämtliche sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer eine Wallfahrt nach Rom machen würden. Aber das eine sei den roten Blättern auch gesagt: Wenn sie uns nächsten Winter kommen und die bekannten Schwindeleien aufziehen, von der „Unselbständigkeit der christlichen Gewerkschaften“, „Abhängigkeit von der Kirche und Geistlichkeit“, von den „ultramontanen Gewerkschaften“, dann werden wir ihnen ihr Gefasel der letzten Tage um die Ohren schlagen, daß sie die Engel singen hören.

Kein Zweifel: der Sturm ist abgeblasen. Diejenigen, die die christlichen Gewerkschaften zu begraben wähnten, werden sie in Zukunft energischer denn je in der Kampfesfront finden. Die Tage haben uns die Sehnen gestrafft! Nun geht's erst recht an die Arbeit! Drauf und dran!

Heimatische Arbeiterkurse.

Von Dr. C. Sonnenschein (M.-Glabbach), Leiter des Sekretariats Sozialer Studentenarbeit.

In einigen Wochen beginnen die mehrmonatlichen Ferien der deutschen Universitätsstudenten. Das bedeutet für uns die Wiederaufnahme der Vorbereitungen auf der ganzen Linie zur Fortsetzung unserer sozialistischen Arbeit. Das bedeutet vor allem die Wiederaufnahme der heimatischen Arbeiterkurse in Stadt und Dorf. In diesen Blättern ist schonzeitig über heimatische Arbeiterkurse bereits einiges gesagt worden. Es sei jedoch gestattet, das Notwendige zu wiederholen, damit volle Klarheit geschaffen und in noch weit größerem Umfang als bisher das Vertrauen der Leser dieses Blattes zu dem großen Wert, an dessen Anfängen wir erst sehen, gewonnen werde. Es darf keine Zeit der Ermattung und des Pessimismus eintreten. Wenn ich nicht irre, ist gerade der gegenwärtige Augenblick, der die christliche Gewerkschaftsbewegung und die Konfessionelle Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit gestellt und zum Gegenstand von Sympathien gemacht hat, die sonst nur intellektuellen Entwicklungen und staatspolitischen Geschäften zugewandt wurden, für uns günstig. Die Welt der Universitäten hat nie mit größerem Interesse auf unsere Organisationen und unsere Kämpfe hingesehen. Das wollen wir mit umfassen und ausnützen. Ich möchte kurz drei Fragen beantworten. 1. Wie ist ein heimatischer Arbeiterkurs aufgebaut und wie funktioniert er? 2. Warum sind heimatische Arbeiterkurse von so überragender Wichtigkeit? 3. Was müssen wir tun, um in den nächsten Wochen heimatische Arbeiterkurse in der geeigneten Weise vorzubereiten?

Was die erste Frage angeht, so ergibt sich die Antwort aus dem Wesen der heimatischen Arbeiterkurse. Universitätsstudenten der verschiedenen Fakultäten unterrichten, also künftige Rechtsanwälte, künftige Gymnasiallehrer, künftige Ärzte, künftige Richter, künftige Fabrikdirektoren, künftige Geistliche, künftige Journalisten, künftige Universitätslehrer. Mitglieder der handarbeitenden Stände werden unterrichtet, also Mitglieder konfessioneller Arbeitervereine, Mitglieder christlicher Gewerkschaften, Mitglieder von Jünglings- und Gesellenvereinen. Nicht zu betrachten kommen jüngere Leute, die noch zur Fortbildungsschule gehen müssen oder können. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer heimatischer Arbeiterkurse liegt sogar er- hoch. Zur allgemeinen Begründung der Bezug am Ende

der zwanziger und geht bis über die vierzig hinaus. Auch Frauen der handarbeitenden Stände werden zugelassen. Die Arbeiterkurse selbst bezwecken die Wiederherstellung der Kenntnisse, die uns die Elementarschule vermittelt hat, oder vermitteln sollte, und die Erweiterung dieser Kenntnisse. Das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ hat auch bereits sechs Hilfsbücher herausgegeben: 1. Deutsch, 2. Elementares Rechnen, 3. Rheinische Heimatkunde, 4. Wetterkunde, 5. Pflanzenbiologie, 6. Angewandtes Rechnen. Die Hilfsbücher kosten je 30 Pf. und werden zur Grundlage des Unterrichts genommen. Der Student unterrichtet nach ihnen. Ein heimatischer Arbeiterkurs umfasst immer mindestens zehn Abende, manchmal dauert er länger, je nachdem man mit dem Hilfsbuch fertig wird. Außer den Gegenständen, für die bereits Hilfsbücher bestehen, kommen auch noch weitere in Betracht. So läßt sich z. B. sehr gut an der Hand der Festen der Staatsbürger-Bibliothek des Volkerverlags der Unterrichts in den Kursen erteilen. Die einzelnen Teilnehmer zahlen für einen vollständigen Kursus im ganzen 50 Pf. Hierfür wird das Hilfsbuch geliefert. Der Rest dient zur Bestreitung der etwa entstehenden Kosten. Als Lokal empfiehlt sich entweder eine von der Gemeinde oder von der Stadt hierzu zur Verfügung gestellte Schule oder das Vereinslokal irgendeiner Organisation, das an dem betreffenden Abend ohne weitere Vorbereitungen, vor allem ohne jede Alkoholverpflichtung, zur Verfügung gestellt wird. Gegenstände, die bisher schon in heimatischen Arbeiterkursen durchgenommen wurden, waren Rechnen in verschiedenen Stufen, Lesen, Rechtschreibung, Deutsch in verschiedenen Stufen, Lektüre von Schriftstellern und Theaterstücken, Staatsbürgerkunde, Heimatkunde, Geographie, geschichtliche Zusammenfassungen, Botanik, Wetterkunde. Nach Beendigung des Kursus pflegt in besonderer Abend einen gemütlichen oder festlichen Charakter zu tragen. Die Teilnehmer mit ihren Familienmitgliedern einerseits und die Studenten andererseits bleiben einige Stunden zusammen. Es wird das eine oder andere Musikstück dargeboten, es werden kleine Ansprachen gehalten, es wird deklamiert, der Abend trägt den Charakter einer schlichten und herzhaften gemeinsamen Feier mit erhobenem Bildungscharakter. Wenn man das alles zusammenfassen, können wir sagen: Heimatische Arbeiterkurse sind von Studenten eingerichtete und geleitete Elementar- und Fortbildungsschulen während der Ferienzeit für erwachsene Mitglieder der handarbeitenden Klassen. Wir haben in den Herbstferien des vorigen Jahres bereits an 159 Stellen des Deutschen Reiches solche Schulen in Tätigkeit gesehen. An 159 Stellen haben während der Herbstferien zehn Abende lang 887 Arbeiter und Arbeiterinnen sich in einem oder mehreren Fächern von stark 300 Universitätsstudierenden unterrichten lassen. Das ist ein durchaus achtenswerter Erfolg gewesen, und es liegt an uns, den Versuch des letzten Jahres nunmehr zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

II.

Damit stehen wir vor der zweiten Frage, der Frage der inneren Begründung dieser heimatischen Arbeiterkurse. Wozu es wirklich die Mühe dafür, sie durchzuführen? Wozu ältere und erfahrene Mann, der diese Zeiten kennt, oder der früher von diesen Kursen reden hörte, oder vielleicht jugendliche Studenten mit dem ganzen Feuer ihrer Jugend sie empfehlen hörte, mag sein Hauptgeheimnis und lächelnd zur Jugend herüberblickend und sagend haben: „Das hält auch wieder nur solange, als es neu ist. Wieder ein Sport mehr. Das hat keinen Bestand.“ O du guter, alter Freund, mit deinem lebenswichtigen und abgeklärten Pessimismus. Könntest du nicht einmal wenigstens an die Jugend glauben, die zu dir kommst? Könntest du nicht dieses eine Mal, wo aus der Welt der Wissenschaft, der Klassenborurteile, der Abstraktion, der volksfremden geistigen und finanziellen Aristokratie junge Menschen zu dir kommen, um dir die Hand zu bieten, Könntest du nicht dieses eine Mal zu ihnen freundlich sein und versuchen, an sie zu glauben? Ich weiß, daß du früher häufig enttäuscht wurdest und daß du Grund hast, zögernd abzuwarten, was die jungen werden, die sich bislang um deine Sache und deinen Verstand und dich nicht gekümmert haben, tun werden. Aber ich glaube, wir werden miteinander fertig, wenn ich mich aneinandergelehrt habe, unter welchen Gesichtspunkten unsere heimatischen Arbeiterkurse wertvoll sind. Also vor.

Zunächst ist derartige Unterricht für sehr viele Mitglieder unserer Vereine ein wahrer Segen. Er gibt allgemeine Regsamkeit. Wie viele von uns möchten gerne mitgehen, möchten verstehen, möchten lesen. Wären die erst Sechzehnjährige, so könnten sie zur Fortbildungsgänge gehen. Vielleicht würden sie es mit sechzehn Jahren nicht getan haben, auch wenn solche Schulen gewesen wären. Heute sind sie dreißigjährig und sehnen sich nach Weiterbildung. Der Mensch ist nun einmal so gemacht, daß er vom Brote und von der Arbeit allein nicht leben kann. Er trägt eine Seele in sich. Wieviel überflüssiges, langweiliges Menschenmaterial schleppen wir unseren Vereinen mit uns herum, wieviel Ballast für den Redner, der seine Zuhörer belehren möchte, für den Organisator, der eine lebendige Schar von Mitarbeitern zu schaffen möchte. Willkommen jeder Anstoß und jede Anregung der Bildung! Das gibt frisches Blut, das gibt interessierte Köpfe, das gibt Mitdenken und Mitarbeit in der Organisation.

Besonders wichtig ist derartige Weiterbildung für diejenigen, die wir in unseren sonstigen Kursen haben. In den verschiedenen Vereinen gibt's apologetische Kurse. Dort und in den Gewerkschaftsgruppen gibt's soziale Kurse. Wie sie können da nicht recht folgen, weil sie über die Fremdbildung nicht herüberkommen. Wie vielen ist der Anfang wirklich schwer, weil die Vorbereitungen fehlen. Die Volkvereine haben Rechnen- und Deutschkurse und können dort die Grundlagen erneuern. Die anderen Organisationen haben das nicht. Ich habe früher solche Kurse eingerichtet und kenne das Glend aus eigener Erfahrung.

fahrung. Hätten wir damals ein paar Studenten gehabt, die nebenher den Kursteilnehmern Fremdwörter erklärt, deutsche Stilistik beigebracht, die sie geleitet hätten, Gesetze zu machen, Berichte zu schreiben, ein Protokoll zu führen, einen rechten Brief aufzusetzen, die ihnen die Unterlagen in der Heimatkunde und in den elementaren staatsbürgerlichen Kenntnissen gegeben hätten, wie dankbar hätten wir diese Hilfe angenommen.

Geradezu notwendig ist derartige Vorbildung für die vielen Mitglieder bei uns, die irgendeine Stellung im Vereinsleben einnehmen wollen oder einnehmen. Das Vorstandsmittglied, der Vertrauensmann, der Sekretär, der Kartellvorsitzende, der Kassierer, der erste oder zweite Vorsitzende, ja das alles müssen Leute sein, die mit dem Kopf, dem Wort und der Feder Bescheid wissen, Leute, die auch geistige Interessen haben, Leute, die auch mit Menschen anderer Stände irgendwie verkehren können. Das lernen sie auch im heimatischen Arbeiterkurs. Studenten und Arbeiter treten dort einander näher und lernen ihre gegenseitigen Formen verstehen.

Alles schon Gründe, die für unsere Kurse sprechen. Der durchschlagendste aber ist folgender: Wenn wir uns heute in den gebildeten, besitzenden und führenden Kreisen umsehen, so erschrecken wir über das Maß des Unverstandes, der Vorurteile, der Unkenntnisse, der mangelhaften Belehrung über und auch der mangelhaften Interessierung für unsere Angelegenheiten. Wieviel taub und taube Menschen in diesen Kreisen leben ihr Leben, ohne von unseren Kämpfen, von unserer Not, von unseren Plänen, von unseren Gedanken, von unseren Tugenden, von unseren Fehlern, von unserer ganzen Welt etwas zu wissen. Was man aber nicht weiß, dafür kann man sich nicht interessieren. Ist's daher zu verwundern, daß wir in den Kreisen bisher so wenig Verständnis gefunden haben? Was hat denn bis vor einigen Jahren in diesen Kreisen christlich-nationale Arbeiterbewegung, konfessioneller Arbeiterverein, unsere Gewerkschaftsbewegung gegolten? Geltung in den Kreisen ist aber eine Macht im Staat. Bündnis mit Männern der Feder, Sympathie in der öffentlichen Meinung, Anerkennung, Beachtung in der großen Presse, Hochachtung bei den geistig führenden Männern ist nicht zu verachten. Das ist ein der halbe Sieg. Wollen wir das haben, dann müssen wir zugreifen, wo wir die Studierenden erschließen können. Sie müssen frühzeitig unsere Gedankengänge kennen lernen, frühzeitig zu uns kommen. Es ist auch kein Wunder, daß aus den Kreisen bisher so wenig praktische Mitarbeiter geleistet wurde. Wo sind heute die Vortragsredner aus den gebildeten Kreisen, die mit uns gehen? Was für ein Jammer vielfach unser Vortragswesen. Bei den Rednern müssen sie herangezogen werden. Die Vorsitzenden unserer Vereine, der Arbeitersekretär, der Gewerkschaftsbeamte. Immer wieder dieselbe Liste, immer wieder dieselben überlasteten Persönlichkeiten. Das kann so nicht weitergehen. Wir bedürfen der Mitarbeit vieler Kräfte, die aus den anderen Vereinen kommen. Das entspricht auch einem Gedanken christlicher Reformationspolitik. Wie die anderen, vor allem die Universitätskreise müssen zu uns herüberkommen.

Nun hat sich aber als einer der erfolgreichsten Wege dieser geistigen Annäherung erwiesen das akademische bzw. studentische Arbeiterbildungswochen. Studenten, die in ihrer Sachausbildung noch nicht fertig sind, sind dennoch imstande, handarbeitende Volksgenossen auf den oben ausgeführten elementaren Wissensgebieten nützlich zu sein. Und mehr wollen die jungen Leute ja auch nicht. Sie wollen nicht, da sie selbst noch unferig sind, mit Kenntnissen prahlen, sie wollen sich nützlich machen und nicht das Volk durch Bequemlichkeit und Narzissmus verletzen. Sie wollen den Weg zu uns gehen, um auf Grund dessen, was sie bei uns erfahren zu können, später gemeinnützig in Staat und Kirche wirken zu können. Nehmen wir diesen guten Willen offen entgegen.

III.

Es erübrigt als drittes die Beantwortung der Frage, was wir unsererseits zu tun haben, damit in den bevorstehenden Wochen und Monaten die Arbeiterbewegung recht in Fluß kommt. Der Lebensbedürfnis halber darf ich die einzelnen Forderungen, die wir an uns zu stellen haben, hintereinander folgen lassen.

1. Jeder Leser dieser Blätter, der mitbekommen möchte, daß Arbeiterkurse zustandekommen, werde heute noch eine Postkarte an das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“, M.-Glabach, kurze Str. 10, und teile uns mit, daß wir auf ihn rechnen können. Er teile uns weiter mit, mit wem am Orte wir uns in Verbindung setzen sollen, damit aus der Sache etwas wird, damit neue Kurse eingerichtet und bestehende Kurse weiter gefördert werden. Er verlange gleichzeitig unser Druckschriftenmaterial über heimatische Arbeiterkurse.

2. Jeder Leser dieser Zeilen erkundige sich bei dem Vorsitzenden der Organisation oder des Vereins, dem er angehört: Was tut unsere Organisation am Orte, unser Kartell, unser Verein, unser Sekretariat, unser Auslandsbüro zur Förderung dieser heimatischen Arbeiterkurse. Haben wir schon einmal über die Kurse in unserer Organisation Vorträge gehalten lassen? Haben wir uns schon einmal um Abrufen von Studenten bemüht, die diesen Vorträgen halten könnten und die später in den Kursen arbeiten würden? Oder haben wir bisher geschlafen?

3. Jeder Leser dieser Zeilen überlegt mit seinen Bekannten, ob die Vertrauensmänner, die Vorstandsmittglieder, die Kassierer, die Vorsitzende der Sekretäre seines Vereins oder seiner Organisation schon angeregt worden sind, einen solchen Kurs mitzumachen. Er überlegt ferner, ob sich da kein Lokal finden läßt. Einer unserer besten Freunde ist vielleicht Gemeindevater oder Stadtrat. Könnte die Gemeindeverwaltung nicht eine Schule zur Verfügung stellen? Wenn nicht, welche Organisation kann ihr Lokal hergeben?

4. In den nächsten zwei Wochen muß alsdann eine Besprechung einberufen werden, zu der die Vorstände

sämtlicher örtlichen volkstümlichen Vereine eingeladen werden, für deren Mitglieder die größte Bedeutung haben. Es darf kein Verein vergessen werden, kein Vorsteher, kein Präses, kein Arbeitersekretär, kein Gewerkschaftsbeamter. Jeder muß helfen und raten, damit die Sache in Schuß kommt. Gleichzeitig müssen die Verbindungen zu den Studenten gesucht werden. Das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“ steht hierfür in weitgehender Weise zur Verfügung. In Bezirken, in denen es an Studenten fehlt, können auswärtige Studenten die Unterrichtsarbeit übernehmen. Für diese muß dann im allgemeinen Kost und Logis beschafft werden. Diese Art der Kurstätigkeit wird nur in einzelnen Fällen nötig sein. Im allgemeinen werden sich in örtlichen Bezirken Studenten finden, mit denen man anfangen kann.

5. Da studentische Arbeiterkurse eine studentische Initiative darstellen, so wollen wir von Anfang an darauf sehen, daß unsere Beziehungen zu den Studierenden die richtigen sind. Die Studenten, die Unterricht geben, sind nicht von uns angestellte Beamte, sondern freie, junge Menschen, die aus Interesse zu uns kommen. Wir werden also die ganze Angelegenheit mit ihnen gemeinsam betreiben. Wir werden mit ihnen überlegen und in die Arbeit uns teilen. Studenten sind dankbar dafür, daß während ihrer Abwesenheit in der Universitätsstadt wir bereits die Vorbereitungen übernehmen. Ich belone die gegenwärtige Meinung nur, damit nicht eventuelle Verleumdungen, Aufreize und Zirkulare nachher auf einem Ton gesammelt sind, die Mißverständnisse führen kann.

6. Die erwählte Besprechung überträgt die Vorbereitung der Kurse entweder einer besonders gewählten Kommission oder der schon am Orte bestehenden Sozialer Kommission, die ihrerseits mit der zur Arbeit bereiten studentischen Gruppe zusammenarbeitet. Man läßt in den einzelnen Vereinen über die Sache Vorträge halten, man bittet die einzelnen Vereine, finanziell zu helfen, man läßt Listen zirkulieren für diejenigen, die am Kurse teilnehmen wollen, man sorgt für das Lokal, man agitiert in der Presse. Damit sind die Vorbereitungen erledigt, und die Kurse selbst, die mindestens zehn Abende umfassen, können einsetzen.

Zum Schluß dieser Ausführungen gestatte ich mir die Bitte, dem obengenannten Sekretariat sowohl über die Einrichtung der Kurse, wie auch nachher über ihren Erfolg gütlich Mitteilung machen zu wollen. Uns interessieren sowohl die Adressen der Studierenden, die Unterrichts geben, wie auch Zahlen der Teilnehmer und die Gegenstände, die behandelt worden sind. Man fröhlich ans Werk! Es wird uns allen nützen, wenn wir mit denen zusammen frohe Arbeit tun, in deren jugendlich leuchtenden Augen sich die Zukunft spiegelt. Wieviel helle Träume werden in unseren Seelen wieder wach, wenn wir neben denen stehen, die aus der ungetrübten Kraft frühlinghafter idealer Auffassung heraus in die Welt schauen und ihren Pflichten dienen wollen.

Allgemeines.

Die Hünen. Beamte der „freien“ Bauarbeiterverbände in Breslau sind bereits dabei, den bedauerlichen Fall Pfeffer agitatorisch auszunutzen. In Kreuzburg fand am 19. Juni eine Versammlung statt, die von den Gauleitern der „freien“ Bauarbeiterverbände der Maurer und Zimmerer, Köppler und Schmidt, einberufen war. Als Tagesordnung mußte herhalten: „Die sonderbaren Vorgänge im christlichen Kartellverbande und die haarsträubenden Zustände im Breslauer Bezirk.“ Erfolg hatten die Herrschaften mit der Versammlung nicht, sie war ein klägliches Fiasko. Sie werden aber wahrscheinlich auch andernwärts ihr Spiel versuchen, was ihnen natürlich ebensowenig nützen wird. Denn unsere Mitglieder sind klug genug, um zu wissen, daß man eine als richtig und zweckmäßig anerkannte Sache nicht wegen der Handlung eines Unwürdigen von sich weist. Wir fragen aber die Gauleitungen der genannten Verbände: Wollen sie, daß wir den Schlagsachen sie mit dem Fall Pfeffer gegen uns zu führen gedanken, zurückgeben? Wir können alsdann mit Hunderten von Unterschlagnungen und Berrügereien aus dem sozialdemokratischen Lager dienen, die viele Jahrzehnte Gefängnis und auch Zuchthaus eintragen. Wir hatten nur noch deshalb damit zurück, weil unser Zentralvorstand sich an den Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes gewandt hat ob er diese Art Agitation gutheißt. Wir warten die Antwort ab und werden danach unsere Maßregeln treffen. — Auch „Sitz Berlin“ findet eine moralische Anwendung über den Fall Pfeffer. Auch hier raten wir sehr, vor der eignen Tür zu kehren. Denn während wir Personen, die sich vergehen, bestrafen, läßt sie „Sitz Berlin“ ruhig in seinen Reihen. Sollen wir an den Arbeitersekretär Sagobe erinnern, den „Kriminalkommissar“ von Görlitz, jetzt in Lissa, an den Arbeitersekretär, für den oftmals die Leitung von „Sitz Berlin“ die Mimente zahlen mußte, sollen wir auch noch an andere erinnern? Wir können auch mit Fällen dienen, wo Kassierer von „Sitz Berlin“ sogar die für kirchliche Gegenstände gesammelten Gelder unterschlagen haben. Weiß „Sitz Berlin“ nicht, daß dieser Mann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist? Sollen wir noch mehr reden?

Einem sozial-wissenschaftlichen Ausbildungskursus für christlich-nationale Arbeiter veranstaltet wiederum

Die Freie Kirchlich-soziale Konferenz in Bielefeld. Der Anlauf beginnt am 11. August und dauert bis zum 7. September. Ausführliche Programme versendet das Generalsekretariat der Freien Kirchlich-sozialen Konferenz, Berlin NW 87, Fite-Wardenberg-Str. 28, wohin auch Anmeldungen zu richten sind.

Der Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands (W.-Gladbach) zählte nach seinem diesjährigen Jahresbericht 1040 Verbände mit 189.849 Mitgliedern. Der Zuwachs gegen 1910 betrug 81 Vereine und 18.547 Mitglieder. Nach der über das Kassieren veranfaßten Erhebung verfügten die Vereine am 1. Januar 1912 über ein Barvermögen von 581.248 M. Das Jahresvermögen hatte einen Wert von 531.008 M. Die meisten Vereine haben ihr Vereinsvermögen zinsbringend angelegt. Es handelt sich hier nur um jenes Vermögen, welches den lokalen Vereinen zur Verfügung steht. Das Vermögen, welches die Bezirks- und Diözesanleitungen sowie die Verbandsleitung verwalten, ist nicht berücksichtigt. Was das Unterstützungsvermögen anlangt, so haben sich die meisten Vereine der Zentral-Krankengeld-Zuschußkasse Düsseldorf und der Leo-Stierbekasse Köln angeschlossen. Beide Kassenvereinigungen sind selbständige Organisationen, die der staatlichen Kontrolle unterstehen und somit den Mitgliedern volle Garantie gewähren. Die Krankengeld-Zuschußkasse ist in 145 Vereinen vertreten. Sie zahlte im vergangenen Jahr an erkrankte Mitglieder der Arbeitervereine 575.073,39 M. Daneben zahlten 33 Vereine für das Jahr 1911 25.710,48 M. Krankenunterstützung aus der eigenen Vereinskrankenkasse. Von 25 Vereinen wurden im vergangenen Jahr 17.731,93 M. an Krankenunterstützung aus der Vereinskasse gezahlt, wofür besondere Beiträge von den Mitgliedern nicht erhoben wurden. Insgesamt wurde an Krankenunterstützung im vergangenen Jahre die Summe von 438.519,16 M. aufgebracht. Die Sterbekasse ist in 354 Verbänden vertreten. Sie zahlte im vergangenen Jahr an verstorbenen Mitglieder 59.055,01 M. 83 Vereine haben noch eine eigene Sterbekasse. Diese zahlten pro 1911 an Sterbegeld 30.365,65 M. 164 Vereine gewähren bei Sterbefällen eine Unterstützung aus der Vereinskasse, ohne besondere Beiträge zu erheben. 1911 waren es 29.235,45 M., die auf diese Weise aufgebracht wurden. Im vergangenen Unterstutzungs wurden im vorigen Jahre noch 1073,89 M. ausgezahlt. In Sterbegeld und in Krankenunterstützung wurde daher im Jahre 1911 insgesamt die Summe von 117.389,36 M. aufgebracht. Die Vereine haben 389 Vereine bereits Sparsparungen gebildet, die im vergangenen Jahre von 16.817 Mitgliedern benutzt wurden. 24 Vereine machten über die Höhe der Sparsparungen keine näheren Angaben. Nach den Angaben der übrigen Vereine war am 1. Januar 1912 die Spargeldsumme von 1.601.116,16 M. vorhanden. Ein solches Sparbuch hat den Sparplan, der noch in weiten Ausmaßungen besteht.

Eine Leistung. Bekanntlich fand zu Pfingsten die Reichsversammlung der süd-, ost- und westdeutschen katholischen Arbeitervereine statt. Darüber berichtet der „Kommunist“, Organ des „freien“ Zimmererverbandes, in seiner Nr. 24 folgendes:

„Der „freie“ Gewerkschaftsbeamten-Zusammenhang hat in Pfingsten in Braunschweig a. N. getagt; sie hat den Fortschritt angeordnet.“

„Es ist nicht nur ein Erfolg — nicht.“

Gegen die Phrase wandelt es ein „Gepöke“ in der Reichsversammlung der Arbeiter-Zeitung Nr. 24, 1912, unter der fälschlich klingenden Ueberschrift: „Gepökeverrichtungen“. Eine Abs- oder Unart der Reichsversammlung über ihren Zustand in einer tabu-ähnlichen Sprache, in der sogenannten Phrase, die sich als Behauptungen, die zwar einen gewissen Klang haben und deshalb von vielen Zuhörern gut aufgenommen werden, die aber vor der kritischen Betrachtung nur Schein sind und in der nichts zu ersehen ist. Das heilige dieser Methode in der Welt der Arbeiter, die ungeschicklich am meisten entwicklungsbedürftig sein und führen ein Echo in solchen Worten, die durch primitive Verbindungen auch geistig belohnt werden. Was ist sich ein aufgeschämter Arbeiter, der sich eine ungeschickliche Rede anhört wie: „Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft ist auf Wasser“. Damit ist abgelehnt nichts anzufangen. Jeder Arbeiter möge doch seine eigene Agitationsmethode überdenken, es ist ja bei den Ringenden nicht, dass ein jeder seine nicht innewohnen.

Der Mann scheint sehr verständig zu sein, nur ist keine zu verstehen, ob er Erfolg haben wird. Denn die Worte geben viel zu sehr zum Gemeingut der sozialdemokratischen Agitation.

Die Gelben haben am den 29. Juni ihre Generalversammlung nach Göttingen abgehalten. Entsprechend dem Antrag ihres Herrn, der großen Versteigerer, dürfen sie nur Gelben behandeln, die den Interessen der Arbeitgeber entgegenstehen. Die Reichsversammlung hat sich nicht zu äußern, was bei ihnen aber nichts anderes heißt, als Verzicht auf eine energische Interessenvertretung. Diese energische Forderung mit den Arbeitgebern dient nur der Agitation, die sich auf den Boden der wirtschaftlichen Forderung stellt und von diesem aus, ohne Rücksicht, mit Gewalt und Nachdruck die Interessen der Arbeiter verteidigt. Das ist die Gelben aber nicht. Darum werden sie von den Vereinen der Arbeiter gemieden werden, da sie von ihnen nicht anerkannt, von ihnen nicht anerkannt und von ihnen nicht anerkannt sind.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Offen (Fliesenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Seiler. **Cöln** (für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Sperre über die Firmen Paul Wesser an den Arbeitern der Forts III (Kornar) und VIII (Müssenberg). **Lüdinghausen** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Herne i. Westf.** (Gesperrt für Zimmerer ist die Firma Senger). **Cöln a. Rh.** (Sperre über die Betonfirmen Hüfer & Comp. und Gebrüder Schömer). **Gefete** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). **Gelsenkirchen** (Fliesenleger) Sperre über die Firma Hümebed & Co. **Oberglogau**, Kreis Neustadt O.-S. (Sperre über den Baunternehmer Wrig wegen Nichtanerkennung des bestehenden Tarifs). **Karlsruhe** (Weststr.) Streik der Zimmerer. Auch der Zugang von Maurern ist fernzuhalten. **Platteneberg** (Sperre über das Baugeschäft Kirchhoff wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Zugang ist fernzuhalten.

Zimmerer.

Braunschweig. Die „freien“ Zimmerer haben den hiesigen Arbeitsnachweis der Unternehmer gesperrt. Dieselben begnügen sich aber nicht mit einer Sperre des Unternehmensnachweises, sondern beschließen, daß alle hier in Arbeit tretenden Zimmerer sich die Erlaubnis zum Arbeiten bei ihrem Vorstehenden holen müssen. Auch haben sie es allen jungen Leuten zur Pflicht gemacht, Braunschweig zu verlassen. Wir brauchen unsere Stellung zu den Unternehmensnachweisen nicht näher zu erläutern, diese haben wir 1910 klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Aber eines mag hier ausgesprochen sein: Genau so entschieden, wie wir den Unternehmensnachweis ablehnen, bedanken wir uns für einen sogenannten „paritätischen“ Nachweis, der in Händen der „freien“ Organisierten liegt; denn würde solcher hier durchgeführt, dann würden wir erst die echte Freiheit der „Genossen“ zu fühlen bekommen. Wir halten auch die gegenwärtige Sperre der Zimmerer für einen Misstand. Nur einige Monate trennen uns vom Ablauf des Vertrages, und da sollte man abwarten und bei den kommenden Verhandlungen seine Forderungen stellen, als jetzt das ganze Gewerbe beunruhigen und eine Arbeitslosigkeit für alle Berufs herbeizuführen. Wir befinden uns mit dieser Unsicherheit in guter Gesellschaft; denn führende „freie“ Gewerkschaftsführer teilen diese. Der Vorsitzende der „freien“ Zimmerer, namens Deder, ist eigens zur Durchführung der Sperre freigestellt, als Gehilfe wirkt seine Frau noch mit. Die ganze Sperre scheint nun im Saunde zu verlaufen, und da muß man einen Prügelstrafen haben, den wir abgeben sollen. Es waren auch einige Zimmerer, darunter ein Kollege von uns, ohne Erlaubnis des Deder hier in Arbeit getreten. Diese sollten sich aber erst die Erlaubnis holen; als sie dieses ablehnten, verweigerten die „freien“ Zimmerer das Zusammenarbeiten. Diese Fälle sollten nun durch die Schlichtungskommission ihre erledigung finden. In dieser Sitzung stimmte unser Kollege Gerlach dafür, daß das Zusammenarbeiten mit unseren Kollegen oder den Unorganisierten verweigert wurde, als Tarifbruch zu betrachten sei. Hierauf wird er im „Volkstempel“, dem roten Parteiblatt, als Hauptvertreter zum Ausdruck gebracht. Auch sollen wir mit System darauf hinarbeiten, die Sperre jetzt zu machen, weil wir Zimmerer nach Braunschweig geholt haben. Diese haben wir hierher gezogen, um unsere Kollegen gegen die Brutalität der „Genossen“ zu schützen. Unsere zugezogenen Kollegen werden in dem Artikel als „Elemente“ bezeichnet, gewiß, solche verstoßene Elemente, wie man sie auf der anderen Seite trifft, sind es nicht, in Moral und Gehalt können sie sich noch mit jedem „Genossen“ messen. Es wird kein Mittel unversucht gelassen, unsere Kollegen herum zu bekommen, sie werden in den Wohnungen aufgesucht und dort bearbeitet, jedoch ohne Erfolg. Man wirft uns auch Mangel an Solidaritätsgedahl vor. Die roten Zimmerer wollen im „Volkstempel“ an das Solidaritätsgedahl aller Bauarbeiter appellieren haben, folglich auch an uns. Glaubt Deder denn, daß auch für uns der „Volkstempel“ antitropisches Publikationsorgan ist? Auch die roten Maurer und Bauarbeiter nahmen Stellung zur Arbeitsnachweis-Sperre, und wußten von uns innerhalb zwei Tagen Mitteilung, wie wir uns dazu stellten. In so kurzer Frist sind solche Sachen für uns nicht zu erledigen, wir besprechen dieses erst mit unseren Führern und nehmen in den Versammlungen dazu Stellung. Heute hört man von einem Vorgehen des Bauarbeitersverbandes nichts mehr, es scheint, als wenn da von oben eine Dufche gekommen ist. Die Krone setzt aber der Genosse Deder allem auf, indem er im angeführten Artikel schreibt, wir lassen es für die Zukunft ab, mit den Christen in irgendwelchen Institutionen zusammen zu tagen. Das läßt uns kalt, Deder schaltet dadurch nicht uns, sondern seinen Verband aus. Die Terrorismustakte im Baugewerbe haben sich naturgemäß nach solcher Heize gegen unsere Kollegen gewalligt. In einigen Fällen ist es den „Genossen“ auch gelungen, Kollegen herüberzusetzen, allerdings haben unsere Kollegen aber mit doppelter Begeisterung zu unserem Verbande. Der Terror der „Genossen“ ist die Kraft, die das Böse will, aber das Gute schafft.

Dachdecker.

Münster i. W. Seit dem 10. Juni befinden sich die Dachdeckergehilfen von Münster im Streik. Die Dachdecker von Münster zählen zu den schlechtest bezahlten Arbeitern am Ort. Die Gehälter erhalten einen Stundenlohn von 40-52 Pf., die Hilfsarbeiter 32-40 Pf. Schuld an den schlechten Lohnverhältnissen sind die Kollegen selbst. Ihre Lohnverhältnisse könnten schon längst verbessert sein, wenn sie der Organisation treu geblieben wären. Schon im Jahre 1904 wurde von uns ein Verband eine Bahnhalle der Dachdecker gegründet. Im Jahre 1905 wurden die Forderungen gestellt. Da die Dachdeckermeister in keine Verhandlungen eintreten wollten, wurde der Streik beschlossen. Nach langen Tagen

mußte der Streik abgebrochen werden, weil ein Teil der Dachdeckergehilfen Arbeitswillige wurden. Durch Vermittlung des Gewerbegerichts-Vorsitzenden ist es nach und nach gelungen, einen Vertrag abzuschließen, welcher den Dachdeckern einen Lohn von 40 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeit von 10 Stunden garantierte. In diesem Vertrag hatten die Dachdeckergehilfen nicht lange Freude, denn der größte Teil bezahlte keine Verbandsbeiträge und die Unternehmer bezahlten nicht den vereinbarten Lohn, weil sie ganz genau wußten, daß die Gehilfen nicht organisiert waren. Trotz mehrmaliger Anregung seitens der örtlichen Zeitung unseres Verbandes gelang es nicht die Dachdeckergehilfen wieder der Organisation zuzuführen. Endlich Ende 1911 gelang es, eine größere Zahl zu organisieren, welche bis jetzt standgehalten haben. Im März d. J. reichten sie die Lohnforderungen an die Dachdeckermeister ein. Die Meister ließen aber nicht von sich hören. Darauf wurde nochmals schriftlich und mündlich angefragt, ob sie nicht zu Verhandlungen bereit wären, aber alles ohne Erfolg. Hierauf wurde in einer gemeinschaftlichen Versammlung am 10. Juni beschlossene in den Streik einzutreten. Vertreten war bei dieser Versammlung vom roten Dachdeckerverband der Gaukreis Bielefeld und von unserem Verbande der Lokalkreis Ahoje. Beide Verbandsvertreter machten die Versammlungsteilnehmer auf ihre Pflichten aufmerksam und ermahnten sie, während der Streikdauer aufs strengste die Alkohol zu meiden, denn nur durch Ruhe und Mäßigkeit können sie sich die Sympathie unter der Bürgerschaft erwerben und auf einen Erfolg im Lohnkampf rechnen. Es scheint, daß es zu Verhandlungen kommen wird mit den Dachdeckermeistern, denn am Donnerstag, den 20. Juni waren sie beisammen und ließen alsdann durch Gilbott die Lohnkommission heranziehen. Bei dieser Verhandlung kam es so weit, daß die anwesenden Meister erklärten für Dienstag, 25. Juni, eine Verhandlung anzubereitern, wo mit den beiden Organisationen („frei“ und christlich) ein Vertrag abgeschlossen werden soll. Einige Meister haben schon 56 Pf. pro Stunde für Gehilfen und 46 Pf. für Hilfsarbeiter zugesagt, ob die anderen sich dazu wegen lassen werden, wird die Verhandlung am Dienstag ergeben. Geordert sind worden: für Gehilfen 58 Pf. pro Stunde, für Hilfsarbeiter 48 Pf. Bis jetzt beteiligen sich 90 Proz. der Dachdecker von Münster am Streik, und wenn diese standhalten, dann werden sie mit ihrer Lohnbewegung Erfolg haben. Die Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter ermahnen wir, die Dachdecker im Lohnkampf nach Möglichkeit zu unterstützen.

Bezirk Cöln.

Dülken. Mit den drei am Orte bestehenden Bauvereinigungen wurde am 14. Juni ein Tarifvertrag bis zum 31. März 1913 getätigt. Der Stundenlohn steigt sofort von 50 auf 54 Pf. für Maurer, für Hilfsarbeiter von 40 auf 44 Pf., vom 1. Februar 1913 ab um weitere 2 Pf. auf 56 bzw. 46 Pf. Im übrigen gelten die Tarifbestimmungen, wie sie im Tarifvertrag für das Baugewerbe vorgegeben sind. Es muß nun Aufgabe der Organisation sein, den Vertrag durchzuführen. Ein großer Stück Arbeit bleibt noch zu erfüllen, die Organisation weiter auszubauen.

Sonnef. Heute fand hier im Lokale Rheinz ein stark besuchte Versammlung statt. Der wichtige Punkt der Tagesordnung — Einführung eines Tarifvertrages — fand reges Interesse. Bezirksleiter Kollege Lange gab die in der vorigen Versammlung besprochenen Forderungen, die der Vorstand zu einem Tarifvertrages-Entwurf zusammengestellt hat, bekannt und erläuterte die wichtigsten Bestimmungen, die sich mit den allgemeinen rheinischen Vertragsbestimmungen decken. Als Tariflohn sind für dieses Jahr 50 Pf. für Maurer, 40 Pf. für Hilfsarbeiter, ab 1. April 1913 54 Pf. für Maurer und 44 Pf. für Hilfsarbeiter vorgegeben. In geheimen Abstimmung wurde der Entwurf einstimmig beschlossen. Der Tarif soll zunächst in Sonnef zur Einführung kommen, dann weiter ausgedehnt werden. Kollege Lange wies noch darauf hin, daß bis zu der Lohnbewegung 1905 der Tarifgedanke im Baugewerbe am ganzen Rhein, außer Köln, noch nicht Fuß gefaßt hatte. Heute dagegen bestehen Tarife in der ganzen Umgegend, u. a. in Bonn, Godesberg, Andernach, Linz, Neuwied, Troisdorf u. a. Dieser Umstand würde die öffentliche Meinung zu unseren Gunsten beeinflussen. Es wurde eine Kommission bestehend aus sieben Kollegen, gewählt, die den Auftrag hat, über die gestellte Forderung mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten. Am 12. Juni ist die Forderung den Unternehmern zugestellt. Alle Anwesenden versprochen, mit Energie dahin zu wirken, daß alle noch fernstehenden dem Verbande zugeführt werden. Wir einem begeisterten Hoch auf die Tätigkeit der Sonnef-Bauarbeiter und den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bezirk Hannover.

Münden i. W. Am Neubau des Ums-Weserkanaals auf der Straße Münden-Hahnen-Partum legten bei der Firma Geld & Grande, Berlin, circa 400 Erdarbeiter, darunter 100 christlich organisierte, und 33 Katholiken und Geiz die Arbeit nieder. Allgemein fand der Lohn am Bau auf 40 Pf. pro Stunde, dieses ist auch der tarifliche Lohn für Bauhilfsarbeiter in Münden, nur die Firma Geld & Grande zahlte durchschnittlich 2-3 Pf. weniger. In einem Schreiben wurde die Firma ersucht, den Lohn auf 43 Pf. zu erhöhen, dieses Schreiben wurde nicht beantwortet; darauf wurden die Gew. bzw. Bezirksleiter bei dem Geschäftsführer vorstellig, derselbe lehnte jedoch Entgegenkommen ab, und wurde daher am Dienstag den 4. Juni die Arbeit niedergelegt. Der Geschäftsführer war stark enttäuscht über die einmütige Arbeitsseinstellung, diese hatte er nicht erwartet. Sofort wurden alle Debel in Bewegung gesetzt, um Erfolg zu bekommen, aber es nützte nicht viel. In der vergangenen Woche war es aber doch gelungen, durch ein bekanntes Hamburger Vermittlungsbureau 104 Mann zu bekommen, Arbeiter aller Schattierungen waren da zusammengetrommelt. Bei diesen sind aber kaum noch 60 dort, sie haben sich schon nach jeder Seite als die echten Kaufpreizer gezeigt.

Baracken, in welchen sie wohnten, haben sie beschmutzt, Gegenstände zertrümmert usw. Wenn man ihnen bei der Arbeit zusieht, kennt man das frühere Bild nicht wieder. Die Schachtmeister, die sonst gerne den Unteroffizieren anschlugen, dürfen jetzt nichts sagen, bei der Arbeit wird gelauscht, getrunken, man wirft sich mit Erde usw. Es ist nicht zu verstehen, wie die Firma den einheimischen Arbeitern die Forderungen abschlagen konnte, hier muß sie die Vermittlungsgebühr bezahlen und muß den Leuten bedeutend höhere Löhne zahlen, als wie gefordert sind, dagegen wird nicht ein Drittel der Arbeit fertiggestellt, wie früher bei der gleichen Zahl Arbeiter. Unter diesen Verhältnissen steht die Situation nicht schlecht und hoffen unsere Kollegen auch auf einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes.

Gorford i. W. Beim Zimmermeister Rottmann in Gladum konnten wir wieder eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde erzielen. In 3 Jahren ist hier der Lohn um 12 Pf. pro Stunde gestiegen.

Lacruheim. Hier wurde mit den Arbeitgebern ein Tarif abgeschlossen. Der Lohn steigt um 5 Pf. pro Stunde. Es ist das ein guter Erfolg, zumal die Kollegen erst jung organisiert sind.

Bezirk Paderborn.

Pipp Springs. (Bauhilfsarbeiter.) Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauhilfsarbeiter lagen bisher sehr im argen, trotzdem dieselben durch die Schiedsprüche und Verträge geregelt sind. Die Ursache dieser Verschleppung lag darin, daß die Bauhilfsarbeiter sich bisher um die Organisation nicht gekümmert hatten. Oft wurde seitens der Maurer versucht, die Organisation unter den Hilfsarbeitern einzuführen, leider vergeblich. Auf diese Weise kam es, daß der Lohn immer weiter zurückblieb im Vergleich zu den Tariflöhnen; denn es wurden Löhne gezahlt von 36, 37, 38 und 39 Pf. Die Unternehmer haben hier auf Kosten der Arbeiter einen großen Nutzen gehabt. Einmalig sind die Kollegen nun zu der Erkenntnis gekommen, daß diese Notlage nur durch gemeinsame Organisationsarbeit mit den Maurern beseitigt werden kann. Am 2. Sonntag fand eine Versammlung der Bauhilfsarbeiter statt. Nach einem ausführlichen Vortrag des Bezirksleiters Koll. Werner ließen sich sämtliche erschwerenden Kollegen aufnehmen. Der Bezirksleiter wurde beauftragt, bei den Arbeitgebern für die Zahlung des tarifmäßigen Lohnes einzutreten. Am 11. Juni fand eine Sitzung der Schlichtungskommission statt. Nach eingehender Beratung wurde beschlossen, daß der Tariflohn von 41 Pf. pro Stunde an die Bauhilfsarbeiter zu zahlen ist. Die Unternehmer erklärten sich durch Unterschrift bereit, den tariflichen Lohn zu zahlen, desgleichen auch die wöchentliche Lohnzahlung einzuhalten. Kollegen von Pipp Springs und Umgebung! Aus vorstehenden Zeilen ist der Wert der Organisation deutlich bewiesen und deshalb ist es Pflicht, immer mehr für die Ausbreitung unseres Verbandes zu sorgen, es muß auch der letzte Bauhilfsarbeiter dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter zugeführt werden. Die Kollegen der Maurer werden erjucht, bei der Gewinnung der Kollegen in der Agitation stets kräftig mitzuhelfen. Doch die Solidarität, damit der Vertrag überall durchgeführt wird.

Bezirk Posen.

In Ostrowo versuchten einige Arbeitgeber den Tarif zu umgehen, indem sie die tariflichen Löhne nicht zahlten. Da zeigte es sich wieder, wie notwendig es ist, daß auch beim Arbeiter treu zur Organisation hält, wenn der Lohn auch tariflich festgesetzt ist. Eine Schlichtungskommissionssitzung befaßte sich am 14. Juni mit den Streitfällen und führte zu einer Verurteilung derjenigen Arbeitgeber, welche sich nicht genau an den Tarif halten. Herrn Damm als Vorsitzenden wurde aufgegeben, an alle Arbeitgeber des Bezirks Ostrowo ein Rundschreiben zu senden, worin sie aufgefordert werden sollen, an die Maurer- und Zimmergehilfen 48 Pf. pro Stunde zu zahlen. Der dieser Aufforderung nicht Folge leistet, hat seitens der Organisation die Sperre zu gewärtigen. Denjenigen Kollegen von Ostrowo und Umgebung, welche nicht im Besitz eines Gesellenbrosches sind, legte die Schlichtungskommissionssitzung nahe, soweit wie dieselben 3 Jahre untereinander bei einem Arbeitgeber in Arbeit standen, doch nach möglichem das Verhör nachzuholen. Es kann nicht sein, daß es vorkommt, daß Gesellen, welche nicht im Besitz eines Gesellenbrosches sind, den tariflich festgesetzten Lohn nicht zu beanspruchen haben, da im Tarif § 4 der Lohn nur für Gesellen festgesetzt ist. Seitens der Arbeitgeber wurden noch die Gewerkschaftsführer aufgefordert, dafür zu sorgen, daß in Zukunft, wo bei den auswärtigen Firmen gearbeitet wird, bald Untersuchungen vorgenommen werden, ob auch dort der Tarif eingehalten wird. Was wir ebenfalls von unseren Kollegen streng zu beachten wünschen.

Auch in Schönauke fand nach vieler Bemühung durch unsere Organisation am 17. Juni in dem Ratse eine Schiedsgerichtsitzung statt. Erschienen waren an allen eingeladenen Arbeitgebern nur die Herren Gumbert und Pieske, seitens unserer Organisation die Kollegen Wiege, Pahl und der Bezirksleiter S. Müller in Posen. Die Verhandlung leitete der Herr Bürgermeister. Da auch Schönauke zu den Unglücksorten gehört, ist die Tariffrage sehr schwierig, so gestaltete sich die Verhandlung schwierig, da bei jedem Streitfall der Nachweis erbracht werden mußte, ob der Kollege auch in den Jahren 1910 und 1911 die Höchstlöhne bezogen hat. In Fällen, die nachgewiesen werden konnte, wurden die Arbeitgeber verurteilt, 44 Pf. Lohn zu zahlen.

In Czempin zahlte Herr Sachthauer unseren Kollegen statt 45 nur 43 Pf. Lohn, er glaubte zu berechtigt zu sein, weil er bei Meinung war, daß der auszuführende Bau im Kreise Kosten liegt. Da wir durch schriftlichem Wege mit diesem Herrn schlechte Erfahrungen gemacht haben, auch das persönliche Vorgehen nur mit Entlassung des dazu bestimmten Kollegen beantwortet wurde, so mußten wir mit einer Bausperrre gehen. In einer Verhandlung am 8. Juni, wo auch Herr Adler zugegen war, wurde Herr Sachthauer

belehrt, daß er nach dem Schlichter Vertrage 45 Pf. zu zahlen habe, wozu er sich auch verpflichtete. Die Bausperrre konnte am 8. Juni wieder aufgehoben werden.

Schiedsrichterliche Entscheidungen.

Sitzung des Einigungsamtes Barmen für das Plattenlegergewerbe im bergischen Land am 9. Mai 1912 im Rathause zu Barmen.

Anwesend waren:

- a) als Vorsitzender: Beigeordneter Dr. Hartmann;
- b) als Mitglieder:
- 1. aus dem Stande der Arbeitgeber: Carl Benz jun., Dr. Wedebanze, E. Hammelsbeck (für Wurmman), 2. aus dem Stande der Arbeitnehmer: Ernst Krieg, Ewald Niederheide, Joh. Broggitter;
- c) als Parteien: Gust. Wurmman für seine Firma, Plattenleger Wamack;
- d) als Vertreter der beteiligten Arbeitnehmer-Organisationen: Ernst Mühl, Wilh. Waller, Anton Lange;
- e) als Protokollführer: Oberstadtschreiber Benz.

Beginn der Sitzung: gegen 5 1/4 Uhr.
I. Das Protokoll über die Sitzung des Einigungsamtes am 29. April 1912 wird verlesen und genehmigt. In Zukunft sollen die Sitzungs-Protokolle den Mitgliedern in einem Abdruck nach Fertigstellung zugehen und als genehmigt gelten, wenn nicht innerhalb einer Woche Einspruch gegen die Fassung erhoben wird.

II. Klage der Plattenleger Wamack und Hilsenbrandt gegen die Firma Gustav Wurmman in Barmen auf Zahlung von je 107,50 Mk Zuschlag und Fahrgeld für auswärtige Arbeiten.

Der Tatbestand wurde so, wie er nachstehend angegeben ist, festgestellt:

Durch Brief vom 27. Dezember 1911 von Essen aus bevarben sich die beiden Kläger um Arbeit bei der Firma Gust. Wurmman in Barmen auf deren Arbeitsstelle in Levertufen. Sie erhielten durch Brief der Firma vom 29. Dezember 1911 die Antwort, daß sie mit Anfang des nächsten Jahres für die Firma als Plattenleger in Levertufen, wo die Firma um diese Zeit eine Filiale errichte, anfangen könnten. Die Zulagen fielen dort weg. Falls sie unter diesen Umständen bei der Firma arbeiten wollten, müßten sie Nachricht geben; es werde ihnen dann angegeben werden, wo sie sich in Levertufen zu melden hätten. Darauf antworteten die beiden Kläger mit Brief vom 3. Januar 1912: „Den Empfang Ihres Beschlusses bestätigend, teilen wir Ihnen mit, daß wir kommenden Dienstag, den 9. d. M. bei Ihnen anfangen können. Wir werden hier Montag mittag mit unserer Arbeit fertig, und bitten wir Sie, uns bis dahin Ihre Anweisung zu geben, dann brauchen wir nicht erst nach dort zu kommen, sondern fahren sofort nach Levertufen. Was die Zulagen betrifft, teilen wir Ihnen mit, daß wir uns in diesem Falle nach den Barmen Kollegen richten werden. Ihrer geehrten Antwort entgegensehend, zeichnen usw.“

Hierauf erhielten die Kläger folgende Antwort der Firma mit Brief vom 5. Januar 1912: „Auf Ihre geöhl. Zuschrift vom 3. d. M. teile ich Ihnen mit, daß Sie sich Dienstag, den 9. d. M., vormittags zwischen 10 bis 12 Uhr, in meiner Filiale, Restauration Schweigert in Wiesdorf, melden können. Bemerkte aber ausdrücklich, daß ich Zulagen nicht bezahle, da Sie von meiner Filiale angenommen werden.“

Die Kläger gingen darauf aber nicht nach Wiesdorf, sondern antworteten der Firma von Essen aus mit Kartenbrief vom 9. Januar 1912: „Den Empfang Ihres geehrten Beschlusses bestätigend, bedauern wir, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir, so wie die Verhältnisse dort liegen, nicht anfangen können. Falls Sie bis zur Beilegung des Streitens um die Zulage nach Levertufen und anderswo beschäftigen können, wäre uns das sehr angenehm, und stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Ihrer werten Zuschrift entgegensehend, zeichnen usw.“

Unter dem 13. Januar 1912 schrieb die Firma an Wamack in Essen: „Sie können Montag in Levertufen anfangen und wochen Sie sich im Verwaltungsgebäude bei dem Plattenleger Siebers melden. Ihren Kollegen Hilsenbrandt können Sie mitbringen.“

Ueber die jetzigen Verhältnisse werden Sie durch Ihren Kollegen Günther unterrichtet sein.“

Wir Postkarte vom 15. Januar 1912 antworteten die beiden Kläger: „Teilen Ihnen mit, daß wir Montag, nach Levertufen herausfahren werden.“

Die Firma hatte schon vor Anfang 1912, als sie die Filiale in Levertufen noch nicht eingerichtet hatte, von Barmen aus Plattenleger nach Levertufen geschickt. Diese Leute erhielten auch weiterhin den tarifmäßigen Zuschlag für auswärtige Arbeit. Dagegen erhielten die von der Filiale in Levertufen eingestellten Plattenleger keinen Zuschlag. Durch Entscheidung der Schlichtungskommission vom 10. Januar 1912 wurde anerkannt, daß die Filiale der Firma in Levertufen zu Recht besteht, und daß den Arbeitern, die von der Filiale dort eingestellt seien, ein Zuschlag für auswärtige Arbeiten nicht zustehe.

Nach ihrer Behauptung wollte die Firma auf diese Entscheidung hinweisen, als sie an Wamack unter dem 13. Januar 1912 schrieb: „Ueber die jetzigen Verhältnisse werden Sie durch Ihren Kollegen Günther unterrichtet sein.“

Die Arbeiter haben sich zunächst bei der Entscheidung der Schlichtungskommission berufen, später aber die Entscheidung des Einigungsamtes angerufen. Dieses entschied am 5. 3. 12 unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Rath-Essen dahin, daß die Firma auch den von der Filiale in Levertufen eingestellten Plattenlegern den Zuschlag für auswärtige Arbeiten zu zahlen habe, da für Levertufen kein eigener Tarif besteht, d. h. es außerhalb des Tarifvertragesgebietes liegt. Das Einigungsamt bestimmte dabei, daß der Zuschlag erst vom Tage seiner Entscheidung ab zu zahlen sei. Rückwirkende Kraft solle die Entscheidung

nicht haben, da die Arbeiter es verschuldet hätten, daß gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission erst so spät das Einigungsamt angerufen worden sei. Von da ab ist der Zuschlag für auswärtige Arbeiten den sämtlichen Arbeitern der Firma in Levertufen auszuzahlen worden, auch den beiden Klägern. Diese sind aber dann sofort entlassen worden, als sie der Zuschlag auch für die verjossene Zeit forderten unter der Behauptung, daß sie nicht von der Filiale in Levertufen, sondern vom Hauptgeschäft in Barmen eingekleidet und vom Hauptgeschäft aus nach Levertufen entsandt worden seien. Die Kläger beanspruchten, wegen des Zuschlages genau so behandelt zu werden, wie die Plattenleger aus Barmen, die von hier aus nach Levertufen entsandt worden seien und den Zuschlag stets erhalten hätten. Bis zu dem Tage, an welchem sie von der Firma besonders darüber befragt worden seien, ob sie den Zuschlag auch für die verjossene Zeit beanspruchten und entlassen worden seien nach Bejahung dieser Frage, wäre ihnen niemals der Gedanke gekommen, daß die Firma ihnen den Zuschlag nicht habe gewähren wollen, zumal sie in der Regel wöchentlich 60 Mk Abschlagszahlung erhalten hätten, genau so viel, wie die Barmen Kollegen, die von Anfang an den Zuschlag bekamen, in der Regel wöchentlich abschlagsmäßig bezogen hätten.

Die Firma hält sich nach der Entscheidung des Einigungsamtes vom 5. März 1912 nicht für verpflichtet, den Klägern den Zuschlag für die Zeit vor dem 5. März 1912 zu zahlen. Die Kläger hätten auf Grund der gepflogenen Korrespondenz gar nicht darüber im Zweifel sein können, daß sie ohne Zuschlag von der Filiale in Levertufen eingekleidet worden seien.

Auf den Standpunkt der Kläger stellen sich die Arbeitnehmer-Mitglieder des Einigungsamtes in ihrer Aussprache. Dagegen teilen die Arbeitgeber-Mitglieder die entgegengesetzte Ansicht der Firma.

Der Vorsitzende sprach sich dahin aus, daß beiden Parteien die Schuld dafür beigemessen sei, daß die gegenseitige Willensmeinung bei dem Abschluß des Arbeitsvertrages nicht ganz klar zum Ausdruck gekommen sei. Die Firma hätte in ihrem Schreiben an Wamack vom 13. Januar 1912 ausdrücklich wieder angeben sollen, daß der von den Klägern bis dahin stets beanspruchte Zuschlag ihnen nicht gezahlt werden würde und sie von der Filiale in Levertufen eingestellt werden würden. Dazu kommt noch, daß die Firma am 13. Januar 1912 auch noch Plattenleger aus Barmen beschäftigte, die den Zuschlag erhielten. Andererseits hätten die Kläger auf den Hinweis der Firma hin, daß sie über die jetzigen Verhältnisse von ihrem Kollegen Günther unterrichtet seien, alle Veranlassung gehabt, sich über diesen Stand der Verhältnisse zu unterrichten und nicht bis Mitte März mit der Erhebung ihres Anspruches zu warten; denn sie hätten sich doch denken können, daß die Zuschlagsbemerkung der Firma eine Bedeutung für das Arbeitsverhältnis haben sollte. Er der Vorsitzende kommt auf Grund des Tatbestandes zu der Ueberzeugung, daß es richtig sei, beiden Parteien ihr Verschulden an der Unklarheit des Arbeitsvertrages dadurch angemessen anzurechnen, daß die Firma für verpflichtet erklärt werde, den Klägern je 60 Mk auszusahlen, die Kläger aber mit ihrer Mehrforderung abzuweisen werden.

Im Einverständnis mit dem Einigungsamt stellte der Vorsitzende in Abwesenheit der Parteien folgende Fragen zur Abstimmung: 1. Soll der volle Klagenanspruch der Kläger anerkannt werden? 2. Soll nach dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Firma Gust. Wurmman für verpflichtet zu erklären, je 60 Mk an die Kläger zu zahlen, die Kläger mit ihrem Mehranspruch dagegen abzuweisen, entchieden werden?

Für Bejahung der Frage 1 stimmten nur die drei Arbeitnehmer-Beisitzer, für die Verneinung dieser Frage die drei Arbeitgeber-Beisitzer und der Vorsitzende. Die Entscheidung im Sinne der Frage 1 ist also abgelehnt.

Für Bejahung der Frage 2 stimmten die drei Arbeitnehmer-Beisitzer und der Vorsitzende, für Verneinung dieser Frage die drei Arbeitgeber-Beisitzer.

Der Vorsitzende stellte fest, daß im Sinne der Frage 2 entchieden worden sei.

Nach dieser Erledigung der Tagesordnung brachte ein Vertreter der Arbeitnehmer-Organisation zur Sprache, daß bei einer Verhandlung des Einigungsamtes für das Baugewerbe im bergischen Bezirk die Arbeitsermittlungsstelle die Behauptung aufgestellt hätten, daß das Plattenlegen zu den ortsüblichen Arbeiten des Hochbaugewerbes gehöre. Er stelle den Antrag, das Einigungsamt für das Plattenlegergewerbe im bergischen Lande möge dieser Behauptung widersprechen und feststellen, daß das Plattenlegen ein Spezialgewerbe sei und nicht zu den ortsüblichen Arbeiten des Hochbaugewerbes gehöre.

Nachdem von seiten der Arbeitgeber-Mitglieder erklärt worden war, daß sie kein Interesse daran hätten, eine Feststellung im Sinne des Antragstellers zu treffen, daß das Plattenlegen tatsächlich auch von Hochbauunternehmern ausgeführt werde und daß die Plattenleger damit einverstanden und zufrieden seien, wenn sie die Platten an die Hochbauunternehmer verkaufen könnten, zog der Antragsteller seinen Antrag zurück.

Schluß gegen 7 3/4 Uhr
gez. Hartmann. gez. Benz.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzuführen. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschriftet werden und muß an einer Seite ein ca. zweifingerbreiter Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 30. Juni, der achtzehnte Wochenbeitrag fällig ist.

Bezirk Saarbrücken. In Nr. 23 des „Grundstein“ befindet sich eine „Wichtigstellung“ des von uns in Nr. 21

gebrachten Berichtes der Gipserzahlstelle Contwig über die Zustände im Firmasens. Danach sollen wir nach der Meinung des Gauleiters Horter aus Karlsruhe von Contwig angelogen worden sein, da der Bericht die Wahrheit auf den Kopf stelle. Wir haben uns nun inzwischen informiert, insoweit diese Behauptungen zutreffend sind. Es ist immer unsere Gepflogenheit gewesen, auch dem Gegner gegenüber gerecht zu sein. Unsere Informationen haben nun aber die Richtigkeit der von uns gebrachten Worte ergeben. Wie von zuverlässiger Seite berichtet wird, ist es richtig, daß bei zwei Gipsermeistern sogar jetzt noch 11 Stunden von den „freien“ Gipsern gearbeitet wird. Diesem Tarifbruch ihrer Mitglieder ein Ziel zu setzen, wäre eine dankbare Aufgabe der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes. Tatsache ist auch, daß man auf alle nur erdenkliche Weise die Gipser von Contwig zwingen wollte, nicht in Firmasens zu arbeiten. Es war ja auch für die Genossen dort eine Lust zu leben, wenn man bedenkt, welche Maßnahmen getroffen worden waren, christlich geistige Arbeiter von Firmasens auszuschließen. In dem ersten Tarifvertrage, den die sozialdemokratische Organisation am 11. September 1906 mit den Firmasenser Gipsermeistern abgeschlossen hatte, befand sich nämlich folgende famose Bestimmung: „Gehilfen werden nur durch den Arbeitsnachweis der Organisation des Verbandes der Stukkateure, Gipser und wandte Berufe“ vermittelt. Die Meister verpflichteten sich, nur organisierte (natürlich „frei“ organisierte) Arbeiter zu beschäftigen.“ Jeder nicht sozialdemokratisch organisierte Gipser wurde hierdurch brotlos gemacht, falls er es nicht vorzog, seine religiöse und politische Ueberzeugung preiszugeben. Die Gehilfen wurden gezwungen, entweder sich gegen ihren Willen in die sozialdemokratische Organisation hineinpresse zu lassen oder mit ihren Familien zu hungern. Es läßt sich verstehen, daß die meisten Gipser diesen Terrorismus satt waren und als freie Männer geschloßen zur christlichen Organisation übertraten. Auf Schritt und Tritt, von der Arbeitsstelle bis zum Bahnhof, wurden noch im vorigen Jahre die Contwiger Gipser jeden Abend von einer Anzahl frei organisierter verfolgt, mit Fohlschlagen bedroht und ihnen zugehört: „Seht, wo ihr andere Arbeit bekommt!“ Selbst der Vorsitzende der „freien“ Gipser sagte im Herbst 1911 am Firmasenser Bahnhof in Gegenwart von ca. 15 Gehilfen zu den auswärtigen Kollegen: „Ihr kommt hierher und steht uns das Brot vom Tisch weg.“ Dabei ist in den letzten Jahren in keiner Stadt der Pfalz eine so lebhafteste Bau tätigkeit gewesen wie in Firmasens. Nun fragen wir: Summieren ist denn nun die Wahrheit auf den Kopf gestellt worden und wo ist die Baugewerkschaft angelogen worden, wenn sie schrieb, daß die christlichen Gipser von Contwig aus Firmasens verdrängt werden sollten? Was dann die Einhaltung des Tarifvertrages angeht, so sollte man sich doch eigentlich schämen, andere zu verdrängen, wenn man selbst die Arbeitszeit nicht einhält. Der Gauleiter Oberwein aus Karlsruhe schloß im Jahre 1908 einen Tarif mit den Gipsermeistern in Firmasens ab, der die bisherige tarifliche Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden erhöhte. Außerdem erfolgte eine Lohnerhöhung von 5 und 7 Pf. pro Stunde. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter, welcher sich gegen diese Verhältnisse aus sprach, wurde ausgeschaltet. Bei Ablauf des Tarifvertrages wollte Oberwein die Arbeitszeit wieder herabsetzen. Kaum wandert man sich dann, daß die Gipsermeisterung darauf besteht, daß 10 Stunden gearbeitet werden sollen. Von seinem Freund Oberwein wird Horter auch berichtet bekommen, daß im Jahre 1908 schon 10, 11 und 11 1/2 Stunden von den „freien“ Gipsern gearbeitet wurde. (Der Sekretär des Arbeitgeberverbandes, Sig, behauptete sogar, es sei 12 1/2 Stunden gearbeitet worden.) Wie gut die Interessen der Gipser überhaupt vertreten wurden, stellte sich bei den am 16. September 1908 in Firmasens stattgefundenen Verhandlungen mit den Gipsermeistern heraus. Bei diesen Verhandlungen erklärten die Genossen, daß sie mit den Meistern bereits eine Sitzung vorher abgehalten und in derselben auf die ihnen laut Vertrag zustehende Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde verzichtet hätten. — Eine solche Sitzung dürfte wohl in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung einzig dastehen. Jeder kann sich jetzt darüber ein Urteil bilden. Das schmerzlichste aber dabei noch, daß man den jetzigen Vorsitzenden unserer Zahlstelle vorher stets bei anderen Gehilfen verdrängt hat, er sei schuld daran, daß die 3 Pf. Lohnerhöhung nicht erzielt worden wäre. Nach diesen Vorgängen sollte man eigentlich annehmen, hätten die Genossen alle Veranlassung häufig ruhig zu sein, statt sich in beschuldigender Weise zu äußern und als die Gebrannten auszusprechen. Falls aber eine noch gründlichere Behandlung der Firmasenser Verhältnisse gewünscht wird, sind wir gern bereit, mit dem notwendigen Material auszuweichen.

Beuthen (O-Sch.). Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hat sich gewöhnlich in Obereschlössen eine starke Position erobert. Er hat in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit große Vorteile bei obereschlössischen Bauarbeitern gewonnen und das hat ihm das Vertrauen der jetzigen Bauarbeiter gesichert, so daß der christliche Bauarbeiterverband heute als stärkste Bauarbeiterorganisation in Obereschlössen besteht. Diese unsere starke Stellung weist natürlich Keiner. Wir verhehlen es den gegnerischen Organisationen nicht, wenn sie für ihre Behauptungen Mitglieder zu werben suchen. Aber all diese Behauptungen sind bislang nur wenig von Erfolg gekrönt gewesen. Nun ihnen eine solche Aufgabe verweigert haben, suchen sie wenigstens unsere Bewegung in ihrer persöhnlichen Einbildung zu verurteilen, wobei wir uns allerdings nicht in geringen Maß freuen, wenn wir uns noch so viele Demoskopen in den Weg legen. — Obereschlössen so hart geworden, daß wir niemand mehr... — Beständig... — Beuthen... — hier in Beuthen geworden. Die wollen... — eine Schwärzung ihrer Mitgliederzahl gar nicht mehr... — denn brauchen wir 1913 auch keine Mitglieder... — zu erhalten. Zweck einer freiwillig... — gegen

Geld und gute Worte nehmen wir ihm schließlich noch an. Das ist allerdings der Gipfel der Bescheidenheit! Ein Führer des Bauarbeiterverbandes meinte zu einem ihrer Mitglieder: „So eine Stadt wie Beuthen müßte doch ein größeres Versammlungshotel haben.“ Antwort: „Was müßt uns ein großes Hotel, wenn wir keine Leute haben.“ Es stimmt übrigens nicht mit der Wirklichkeit überein, daß unsere „Genossen“ so bescheiden sind, als sie sich ausgeben. Im Gegenteil. Man muß sich nur ihre Themas vor Augen halten, die auf den Versammlungseinladungen prangten: Berrat der Christlichen im Ruhrgebiet, die Führer der Christlichen mit Maschinenengewehren gegen die Arbeiterchaft usw. usw. Alles gewiß zugkräftige Nummern, doch blieb die erhoffte Wirkung aus. Man versteht also, warum die „Genossen“ auf einmal so bescheiden geworden sind. Jener Fuchs verzichtete ja auch auf die Trauben, angeblich, weil sie ihm zu sauer waren, in Wirklichkeit aber deshalb, weil er sie nicht erreichen konnte.

Wer nun auch etwas von „Sig Berlin“ für Donnerstag, den Fronleichnamstag, hatte, „Sig Berlin“ in einer Beuthener Zeitung eine außerordentlich große Bauarbeiterversammlung für Beuthen angekündigt. Da alle Bauarbeiter eingeladen waren, gingen wir von unserer Organisation auch hin, um zu schauen, was uns Berufssekretär Grösch aus Hatibor und Arbeitersekretär Müllert aus Beuthen über das Thema: „Was wird 1913?“ zu sagen haben würden. Um es vorweg zu sagen: Etwas Neues haben wir darüber nicht gehört. Diese Frage war ja auch wohl nur Nebensache. Die Hauptsache war natürlich wieder die Verteilung der christlichen Gewerkschaften. Man kann sich lebhaft vorstellen, was da wieder alles ans Tapet kam: Die christlichen Gewerkschaften hängen sich ein christliches Mäntelchen um, sie sind aufgebaut auf dem Machtpunkt, sie misachten die katholischen Feiern, für den katholischen Handwerker kann nur eine katholische Organisation in Frage kommen u. dgl. Wollten die Herren von „Sig Berlin“ doch wenigstens ihre Weisheit in neue Formeln prägen; diese alten Ledenhüter hängen einem nachgerade zum Hals heraus. Es gehört allerdings ein wenig Witz dazu, um neue Schlagworte zu prägen. Der scheint jedoch, weil man immer wieder mit den alten, unerbauten Phrasen kommt, auf jener Seite nicht vorhanden zu sein. — Von unserer Seite ist nur das Notwendigste richtiggestellt worden. Warum auch viele Worte machen? Bei „Sig Berlin“ ist ja doch alles verloren. Nicht nur gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens. Es gehört auch schon viel Selbstüberwindung dazu, um gegen jene Leute, die uns in ihrer maßlosen Ueberhebung beleidigen, zu diskutieren. „Zu humm“, das ist das Schlimmste noch nicht, was man sich auf den Kopf werfen lassen muß. Auf den von den „Berliner“ Herren beibehaltenen Ton einzugehen oder gar zu antworten, wie es sich gebührte, verbot uns allein schon die Rücksichtnahme auf den hohen katholischen Feiertag. Wir haben ihnen aber erklärt, daß sie mit ihren Freunden der Fachabteilungen in einer von uns einberufenen Versammlung erscheinen möchten, wo ihnen die Antwort, aber jedenfalls in einem anständigeren Tone, als wie er von ihnen befehrt wurde, gegeben werden soll.

Wichtig amüsant war es uns, zu sehen, wie „Sig Berlin“ über die Tarifverträge im Baugewerbe, zu deren Zustandekommen „Sig Berlin“ nichts getan hat, hinweg vollstimmte. Danach sind, wie der Redner ausführte, die gegenwärtig im obereschlössischen Industriebezirk bestehenden Tarifverträge nicht als Verträge anzusehen, die durch Verhandeln mit den Arbeitgebern zustande gekommen sind, sondern nur durch ein Urteil des Zentralratsgerichts. Bestimmen die von „Sig Berlin“ in den Kreisen Rhbnif, Hatibor, Seobischitz und Glas abgeschlossenen Tarifverträge durch Verhandeln mit den Arbeitgebern zustande kamen. Gegen solche Ansichten ist schließlich nichts auszusprechen. Ja, ja, es gibt doch noch kindliche Gemüter auf der Welt. Aber du, obereschlössischer Bauarbeiter, überlege einmal, was für dich herauskäme, wenn deine Interessenvertretung in die Hand dieser Leute, in deren Händen sich so langsam die Welt malt, gegeben wäre. Der „Berliner“ Redner, der jene fulminante Entscheidung machte, hat wahrscheinlich auch nicht daran gedacht, daß „freie“ Tarifverträge fast durchweg nur Abflüsse vom Urteil des Zentralratsgerichts darstellen. Spotten ihrer selbst und wissen nicht viel!

Zum Schluß eine vorwichtige Frage: Warum eigentlich hält „Sig Berlin“ immer noch solche Versammlungen, die doch nur auf den Mitgliederberg berechnet sind, ab, wo man doch endlich eingesehen haben könnte, daß alle Bemühungen doch nur einen negativen Erfolg gezeitigt haben? Und glauben sie denn, daß durch das Heranziehen von Bergarbeitern, Schneidern, Malern usw. uns vielleicht vorzuziehen werden könnte, daß „Sig Berlin“ eine große Anzahl Bauarbeiter in seinen Fachabteilungen habe? Unsere obereschlössischen Bauarbeiter sind zu geschult, als daß sie für eine verlorene Sache ihr Geld ausgeben. Und eine verlorene Sache sind die Fachabteilungen. Von 28000 M im Jahre 1910 sanken ihre Einnahmen auf 15400 M im Jahre 1911. Das bedeutet eine Mindereinnahme von fast einem Drittel und einen Mitgliederberg um ca. die Hälfte. Warum sagten die „Berliner“ gegen nicht auch das den Bauarbeitern in jener Versammlung? Aber wo bliebe „Sig Berlin“, würde er seinen Mitgliedern die nötige Klarheit über seine Klassen- und Mitgliederverhältnisse geben.

An unsere Kollegen aber ergeht die Bitte, aufmerksam in diesem Sinne zu wirken. Beuthen übt augenblicklich wieder eine starke Anziehungskraft auf die Facharbeiter aus. Es arbeitet sich hier besser, und die Löhne sind gerechtfertigt. Es ist ja auch so bequem, an der Ernte mitzumachen, wo andere geist haben. Denn was hier an Verbesserungen der Bauarbeiterverhältnisse erreicht wird, wird den „Sig Berlin“ so verhassten Streikgelehrten zu... Durch den Bezug aus den Fachabteilungsgegenständen... das Herr der Arbeitlosen verachtet, und uns hält es schwer, den unglücklichen

Bahn überhaupt aufrecht zu erhalten. Da muß es Aufgabe eines jeden Kollegen sein, jene, die aus Gegend kommen, wo unser Verband noch weniger vertreten ist, zu belehren, aufzuklären über unsere Ziele. Da gilt manches Vorurteil, manche schiefe Ansicht hinwegzuräumen. Wie es uns möglich war, im Kreise Großschlössen Zahlstellen zu gründen, die von Tag zu Tag wachsen, so muß es uns auch möglich sein, in den übrigen Kreisen unseren Ideen Eingang zu verschaffen. Wir dürfen nicht eher ruhen, als bis der letzte obereschlössische Bauarbeiter der noch auf christlichem Boden steht, unserem Verband angehört.

Selbstkirchen. Eine gut besuchte Sitzung des Vorstandes und der Gaukassierer der Verwaltungsstelle Selbstkirchen fand am Sonntag, den 16. Juni, morgen 9 1/2 Uhr, im Dürkshen Lokale statt. Der Vorsitzende Kollege Peter Grösch, eröffnete dieselbe, begrüßte die erschienenen Kollegen und gab alsdann die Tagesordnung bekannt. Kollege Bed wies zunächst auf die Befreiung des Zentralvorstandes, bezüglich des Bezirksleiters Pfeiffer-Breslau, hin, worüber sich eine rege Aussprache ergab. Es wurde bekundet, daß wir uns durch solche traurige Begebenheiten nicht irre machen lassen. Jedoch möge auch der Zentralvorstand in Zukunft die Kritik der Generalversammlung mehr beachten, und die Ausgaben der Bezirksleiter besser prüfen. Für die Bücherkontrolle wurde die Woche vom 30. Juni bis zum 6. Juli für alle Zahlstellen angenommen. Die Kollegen werden ersucht, bis dahin alle ihre Bücher in Ordnung zu bringen. Die ausgehändigten Formulare für die Kontrolle sollten gewissenhaft ausgefüllt werden. Vorhandenes Material über den Arbeitsnachweis sollte an die Bezirksleitung eingeleitet werden. Im weiteren besprach Kollege Bed die Betonarbeiterfrage. Der Betonbau würde immer mehr an Ausdehnung gewinnen, wir müßten daher mit einem neuen Eifer und Ausdauer an die Organisierung der Betonarbeiter herantreten. Eine rege Diskussion ließ über die Ausführungen ein. Allgemein wurde anerkannt, daß wir an den einzelnen Baustellen alles tun werden, auch die Betonarbeiter für uns zu gewinnen. Zur Feste des 10jährigen Bestehens des christlichen Gewerkschaftsartikels Selbstkirchen sei es Ehrenpflicht eines jeden Bauarbeiters, sich am Festzuge am 30. Juni zu beteiligen. Wir müßten auch in der Öffentlichkeit zeigen, daß wir stark sind und einig und geschlossen zusammenstehen, ganz besonders in der augenblicklich ersten Zeit. Von dem Vortrage über die augenblickliche Situation mußte wegen der vorgerückten Zeit Abstand genommen werden. Im Punkte Verjährung wurde angeregt, über Vorkommnisse in der Agitation, über Unfälle usw. gleich Mitteilung zu machen, die vorhandenen Formulare auszufüllen und an die Sozial- und Bezirksverwaltung zu senden. Der Jugendausschuß soll in den Zahlstellen gewählt und demnach zu einer Sitzung zusammenzutreten. Im Schlußwort richtete Kollege Bed an die Anwesenden die Bitte, die Anregungen der Sitzung in die Tat umzusetzen, weiter an der inneren und äußeren Stärkung des christlichen Bauarbeiterverbandes zu arbeiten und Wohlle des einzelnen, zum besten für alle.

Merzenich. Das Dürener Kartell der christlichen Gewerkschaften hatte auf heute (auf wann? D. R.) eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen. Zu derselben waren besonders die Bauarbeiter eingeladen. Die Tagesordnung lautete: 1. Notwendigkeit des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter im Hinblick auf den bevorstehenden Tarifablauf. 2. Stellungnahme zu den Umfassungen der Sozialdemokratie und der mit ihr verwandten „freien“ Gewerkschaften. Den ersten Punkt behandelte Bezirksleiter Kollege Lange-Röhl. Seine Ausführungen fanden allgemeines Interesse. Gewerkschaftssekretär Koch-Düren wies dann nach, wie die „freien“ Gewerkschaften in allem im Baugewerbe zu Düren abgewirtschaftet und das Vertrauen der Arbeiter verloren haben. Er besprach die einzelnen Vorkommnisse, und daß es an in Düren schon einige Baustellen gäbe, wo die Arbeiter aus Brot und Arbeit bestraft werden, wenn sie nicht in die rote Zwangsjacke zwängen ließen. Christlich gesinnter Arbeiter und Mitglied „freier“, d. h. sozialdemokratischer, Gewerkschaften zugleich zu sein, sei ab ein Übel, ein großer Widerspruch. In der Diskussion wünschten einige Kollegen, es möchte für Merzenich eine eigene Ortsgruppe gebildet werden. Dem wurde zugestimmt. Es traten dann auch eine Anzahl Kollegen dem Verbande bei. Damit war die Ortsgruppe gebildet. Zur vorläufig wurde ein Vertrauensmann für die Gaukassierung bestimmt. In Kürze soll dann eine weitere Versammlung stattfinden, um die Ortsgruppe auszubauen und den Vorstand zu wählen. Auch in Düren gäbe es wieder vorwärts. Tut jetzt jedes Mitglied sorgfältig, daß neue Mitglieder gewonnen werden, dann gelang die Dürener Bauarbeiterchaft schnell zu dem notwendigen Einfluß, den sie zur Vertretung ihrer Interessen notwendig hat.

Wilsenbach (Ofr.). Auch in unserem Orte hat der Gewerkschaftsgedanke nach und nach durchgehrt. Am 8. April hatten wir die erste Versammlung, in der Kollege Lang aus Nürnberg über die Notwendigkeit der Gewerkschaften sprach. 11 Kollegen ließen sich damals in den Verband aufnehmen. Um wieder mehr Geist und Leben in unsere Reihen zu bringen, veranstalteten wir am Sonntag, den 9. Juni, wiederum eine Versammlung, die, obwohl das Wetter schlecht, doch aus allen Kreisen der Bevölkerung gut besucht war. Kollege Lang hatten wir derselben bestellt, der in seinem Referate „Arbeiterbewegung und Christentum“ zeigte, wie gerade das Christentum der beste Anwalt für die Rechte der Arbeiter sei. Es gab nun aber viele Arbeitgeber gäbe, die entweder von den Grundsätzen desselben nichts wissen wollten, oder aber mehr oder weniger ihre Christenpflichten vergesen hätten, oder aber es unterließen, sie auszuüben, hätten die christlichen Gewerkschaften gebildet, um die Arbeiter an ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern immer wieder zu erinnern. Da dies aber auf guttätigen Wege nicht immer möglich sei, sei die Schaffung harter Arbeitsstellen

Notwendigkeit geworden, um sich auch bei solchen Arbeitgebern durchzusetzen, die von Arbeiterrechten nichts wissen wollten. Dabei sei aber betont, daß die christlichen Gewerkschaften auch die Rechte der Arbeitgeber voll und ganz würdigten, im Gegensatz zu der Sozialdemokratie. Diese sei die ungeeignetste Erscheinung zur Interessenvertretung der Arbeiter, weil sie den Materialismus und damit die Unberantwortlichkeit und das Recht des Stärkeren predige. Damit aber sei den Arbeiterinteressen absolut nicht gedient. Wenn die Lehre der Sozialdemokratie wahr wäre, könnte man es dem Arbeitgeber nicht verdenken, wenn er nur auf seinen Profit bedacht sei und die Arbeiter ordentlich ausnütze. Wer daher als Bauarbeiter eine wirksame Interessenvertretung haben wolle, könne das nur erreichen durch den Anschluß an den christlichen Bauarbeiterverband. Diesen Worten folgten auch gleich wieder einige Kollegen, indem sie ihren Beitritt zum Verbande erklärten. Damit wäre unsere Zahl auf 20 gestiegen. Wenn die Begeisterung unter den Kollegen, wie sie in der Versammlung herrschte, nun auch auf die Dauer anhält, so wird es uns bald möglich sein, auch die für uns zu gewinnen, die es bisher nicht für nötig fanden, sich uns anzuschließen, um so ihre sehr kümmerliche wirtschaftliche Lage zu verbessern. Besonders diesen sei das Wort zugerufen: „Nur Einigkeit macht stark.“

Arbeitswilligenschub.

Ein Mitglied schreibt uns: Schutz der Arbeitswilligen! so ruft heute die ganze scharfmacherische Presse, so rufen die Redner auf den Unternehmertagungen, so petitionieren die Unternehmer an die gesetzgebenden Körperschaften, eifrig wird Material gesammelt, um zu beweisen, daß ein solches Gesetz notwendig sei. Ja, wo heute Unternehmer zusammenkommen, ist dieses die Tagesfrage. Was die Unternehmer für einen Schutz meinen, wissen wir. Es ist aber gerade bei dieser Forderung eigenmächtig, wie Forderungen in ein und derselben Form von ein und demselben Unternehmern die eine bekämpft, die andere befürwortet wird. Unter der Forderung „Schutz der Arbeitswilligen“ verstehen die Unternehmer Schutz für diejenigen Elemente, die wir Streikbrecher nennen. Sonst nichts! Es wäre ja auch zuviel verlangt, wenn die Unternehmer einen anderen Arbeitswilligenschutz damit meinten. Es gibt aber auch noch einen anderen Arbeitswilligenschutz. Jeder Arbeiter, der morgen seine Arbeitsstelle aufsucht und dort seine Zeit arbeitet, ist auch ein Arbeitswilliger. Daß aber die Unternehmer auch für diese Arbeiter den notwendigen Schutz forderten und selbst polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen, wenn das höchste Schutz, was heute besteht, nicht durchgeführt wird, findet keiner. Im Gegenteil, da sind die Unternehmer strikte Gegner. Man braucht nur daran zu erinnern, wie die Unternehmer Sturm laufen gegen die Forderung der Bauarbeiterkontrollleure. Die Unternehmer befürchten, daß damit nicht nur ein weiterer Ausbau des Bauarbeiterschutzes verbunden wäre, sondern auch noch, daß die schon bestehenden Polizei-Verordnungen auf die strikte Innehaltung öfter kontrolliert würden. Die notwendig gerade diese Kontrolle ist, zeigt uns ein Blick in die Tageszeitungen der Bauarbeiterverbände, die über einen Teil der stattgefundenen Unfälle innerhalb der Berichtswöchlichen Berichten, auch in welcher Weise der Unfall sich ereignete. Da finden wir denn, daß fast alle Unfälle, die gemeldet werden, darauf zurückzuführen sind, daß der eine beim Ueberhandmauern abgestürzt ist, weil kein Schutzgerüst vorhanden war, daß dem anderen ein Stein, eine Gerüstbohle oder ein Stück Eisen usw. auf den Kopf gefallen ist, weil kein Schutzgerüst über ihm war, daß weiter ein oder mehrere Hilfsarbeiter verunglückten, weil die Leiter durchbrach, daß eine Streichhämmer gebrochen ist, die bei genauer Prüfung nicht hätte verwendet werden dürfen usw. Alles ganz geringe Verursachungen der bestehenden Polizei-Verordnungen, die aber fast immer sehr schlimme Folgen haben. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Forderung der Bauarbeiter auf Schutz der Arbeitswilligen eine weit berechtigtere, als die Forderung der Unternehmer auf Schutz der Streikbrecher. Drehen wir daher den Spieß um und sagen: Unsere Arbeitswilligenschutzforderung ist eine wahrhaftige Gerechtigkeit, wogegen die Forderung der Unternehmer nicht einwandfrei ist.“ Stellt unsere Forderung nicht die Forderung dar, die Schutz für die ganze Existenz des Arbeiters bedeutet, wogegen die Forderung der Unternehmer fast nur auf den Profit zugeschnitten ist? Der Unternehmer gemeinte Arbeitswillige leistet diese Dienste in den wenigsten Fällen aus innerer Ueberzeugung, sondern meistens gezwungen durch die wirtschaftliche Abhängigkeit. Vielfach sind es Elemente, die fast das ganze Jahr nicht arbeiten, nur wenn ehrliebe weiter an einer Stelle die Arbeit niederlegen, dann kommen sie Lust zur Arbeit. Für diese Elemente fordern die Unternehmer Schutz mit einer Beharrlichkeit, die einer solchen Sache würdig wäre.

Wird aber ein berechtigter Schutz für die Millionen Arbeitswilliger Arbeiter gefordert, Schutz für Leben und Gesundheit dieser, dann laufen die Unternehmer Sturm gegen diese Forderung. Darum noch einmal: „Drehen wir den Spieß um und fordern noch lauter „Arbeitswilligenschutz“, aber im vorstehenden Sinne, und dann läßt es sich mit dem Ausdruck zugehen, wenn nicht der Millionenruf gehört werden sollte.“

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands hält seine 7. ordentliche Generalversammlung vom 18. Juli in Dortmund ab. Der Verbandstag wird dem Bericht des Vorstandes und dem geschäftlichen noch zu folgenden wichtigen Punkten Stellung nehmen: Deutschlands Zoll- und Handelspolitik unter be-

sonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.“ Referenten hierzu sind: Herr Dr. Deusch-M. Gladbach und Herr Handelskammersekretär Dr. Bode-Pagen. Ueber die Bundesratsverordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie wird Herr Reichstagsabgeordneter Giesbrecht ein Referat erstatten. Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands hat in der Berichtszeit 1910/11 eine Mitgliederzunahme von rund 19 300 zu verzeichnen, das Verbandsvermögen stieg um 255 000 M., den Mitgliedern wurden 886 000 M an Unterstutzungen ausgezahlt. Mit 44 000 Mitgliedern und 1 200 000 M Vermögen nimmt der christliche Metallarbeiterverband eine achtunggebietende Stellung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands ein.

Aus der Gewerkschaftspraxis. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter war im vergangenen Jahre mit 4674 Mitgliedern in 149 Lohnbewegungen verwickelt. Davon konnten 89 Bewegungen (mit 3134 beteiligten Mitgliedern) auf friedlichem Wege erledigt werden. In 52 Fällen kam es zum Streik und in 8 Fällen zur Aussperrung. Von den 149 Lohnbewegungen endeten 119 mit einem vollen und 22 mit einem teilweisen Erfolg, in 8 Fällen war kein Erfolg zu verzeichnen. Soweit sich die durch die Tätigkeit des Verbandes erzwungenen Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zahlenmäßig feststellen lassen, wurden für 4185 Mitglieder Lohn-erhöhungen von 0,90 M bis zu 4,80 M pro Woche erzielt; Arbeitszeitverkürzungen für 2813 Mitglieder von 1/2 bis zu 6 Stunden pro Woche. Von den 149 Lohnbewegungen des letzten Jahres endeten 83 mit dem Abschluß eines Tarifvertrages. Der Holzarbeiterverband war am Jahres- schluß an insgesamt 195 Tarifen beteiligt. Davon sind 10 148 Mitglieder oder 61 v. H. erfaßt, gegenüber 57,6 v. H. im Jahre vorher.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bekommt Hilfe. Diesmal in Gestalt des Verbandes selbständiger deutscher Installateure. Dieser Verband hielt vom 8.-10. Juni in Koblenz einen Verbandstag ab, auf dem besonders die Lohnfrage lebhaft Debatten hervorrief. Das Ergebnis derselben war der Beschluß, „Tarife nicht über den 1. April 1913 hinaus abzuschließen und den nächsten Lohnkampf im Baugewerbe gemeinschaftlich durchzuführen.“ Natürlich bezieht sich dieses „gemeinschaftlich“ auf den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Für die Bauarbeiter ergibt sich die Konsequenz aus dem Beschluß von selbst und die lautet: Größtmögliche Stärkung der Organisation.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Arbeitsmarkt im Monat Mai 1912. Die Lage des Arbeitsmarktes hatte nach dem Reichsarbeitsblatt im Monat Mai kein einheitliches Gepräge und wies mehrfach Zeichen einer Abschwächung auf. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Beschäftigung in vielen Gewerben auf dem günstigen Stande des Vormonats erhalten. Auf dem Ruhrkohlenmarkt war die Nachfrage geringer als im April, da sich im Zusammenhange mit dem Daniederliegen des englischen Marktes und der Höhe der Schiffsfrachten ein Nachlassen der Ausfuhrbewegung neben dem geringeren Inlandsverbrauche geltend machte. Auch in Oberschlesien war gegenüber dem Vormonate bisweilen eine Verschlechterung eingetreten, ebenso war in Niederschlesien die Beschäftigung in Kohlen und Holz wenig befriedigend und schlechter als im Monat April. Dasselbe ist vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sowie über die Lage in der östlichen Bauholz- und Schiefen zu sagen. Aus dem Bergrevier Kassel, dem rheinischen Braunkohlenrevier, Sachsen-Altenburg, Königreich Sachsen, Braunschweig, Anhalt und Hessen lauten die Berichte gleichfalls wenig günstig. Die Mitteilungen aus dem Baugewerbe lauten überwiegend ungünstig, vor allem leidet der Bauplatz von Berlin und Umgegend noch immer an den Folgen der Ueberproduktion, und die Großbanken schränken den Bauplatz wesentlich ein. Nur ein Teil der Berichte bezeugt die Lage des Baugewerbes als zufriedenstellend und im allgemeinen etwas besser als im Vormonate. In Groß-Berlin war die Beschäftigung noch immer im allgemeinen unbefriedigend und eine merkliche Veränderung gegen den Vormonat nicht festzustellen. Immerhin hat es den Anschein, als ob sich eine geringe Verbesserung vorbereitet. Wenig günstig lauten die Mitteilungen aus Kiel, Kassel und Nürnberg. In diesen Städten, ebenso in Chemnitz, war ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden. Bei den Junungs-Krankenkassen des Baugewerbes, die sich auf 55 163 männliche und 1124 weibliche Mitglieder beziehen, ergab sich am 1. Juni gegen den 1. Mai eine Zunahme von 2679 männlichen und 190 weiblichen Versicherungspflichtigen, abzüglich der Kranken. Die Betriebs-Krankenkassen mit einem Bestande von 50 975 männlichen und 1072 weiblichen versicherten Mitgliedern hatten eine Zunahme von 815 männlichen und 4 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern ohne Kranke aufzuweisen.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Mai eine weitere, allerdings nicht so wesentliche Steigerung wie im Vormonate und wie im Mai des Vorjahres erfahren. Es ergab sich am 1. Juni eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank gemeldeten, von insgesamt 33 002 (auf + 27 232 männliche, + 5770 weibliche Mitglieder). Im Vormonate vermehrte sich der Mitgliederbestand um 117 333. Im Vorjahrsmonate hatte

er sich um 94 890 vermehrt. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, beim männlichen Geschlecht auf 107, beim weiblichen auf 104 gestiegen. Im gleichen Monate des Vorjahres betrug er 102 bzw. 104.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat Mai berichteten 51 Verbände mit 2 114 869 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 1,9 v. H. arbeitslos gegen 1,7 v. H. im April und 1,6 v. H. im Mai 1911. Es ist also gegenüber dem Vorjahre sowie gegen den Vormonat eine Verschlechterung eingetreten.

Die Arbeitsnachweisziffern lassen dem Vormonate und dem Vorjahre gegenüber auf eine Vermehrung des Andranges von Arbeitsuchenden schließen.

Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im Mai 1912 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 153 Arbeitsuchende gegen 144 im gleichen Monat des Vorjahres und 150 im Vormonate. Bei den weiblichen Personen sind die entsprechenden Ziffern auf 97,82 bzw. 92 berechnet. Die Zahl der offenen Stellen hat im ganzen, wie in den meisten Landesstellen, gegen den Vormonat abgenommen.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im Mai 160 978 115 M., das sind 6 411 362 M. mehr als im Vormonate und 7 330 092 M. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Dies bedeutet gegen das Vorjahr eine Mehrerlöse von 114 M. oder 3,90 v. H. auf 1 Kilometer. Bei Beurteilung des Ergebnisses ist die Lage des Pfingstfestes in Betracht zu ziehen (1911 im Juni, 1912 im Mai).

Im reinen Warenverkehr des Sozialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredlung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Mai die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 84,513 Millionen Mark, die Ausfuhr einen Wert von 71,608 Millionen Mark gegen 81,493 Millionen Mark und 65,289 Millionen Mark in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Gerichtliches.

Hannover. Unter der Ueberschrift „Sozialdemokratische Roheiten“ brachten wir Mitte April die Mitteilung, daß an dem Neubau Planne-Bülowstraße, in Hannover ein christlich organisierter Maurer von drei beschäftigten „freien“ Zimmerleuten anlässlich eines Richtfestes in unmenschlicher Weise zugerichtet wurde, so daß derselbe längere Zeit arbeitsunfähig war. Gestern standen nun diese Roheitsheiden vor dem königlichen Schöffengericht in Hannover zur Beurteilung. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig. Nicht weniger als zwölf Zeugen waren geladen, welche alle bis auf einen vernommen wurden. Die Angeklagten bestritten zum größten Teile, sich an dieser Schänderei beteiligt zu haben. Von den Zeugen wurden dann als Täter überführt, der Zimmerpolier Engelle, der Zimmerer Paul Bogat und Wihl. Schreiber. Bogat war schon wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung § 153 vorbestraft. Er hatte sich schon einmal an christlich organisierten Bauarbeitern vergangen, wofür er eine Woche Gefängnis erhielt. Bogat war auch diesmal als Räubersführer anzusehen, da er zuerst wie ein Wilder sich auf den Maurer Andr. Müller gestürzt hatte. Die christlich organisierten Maurer hatten nur das Verbrechen begangen und das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, nachdem die „frei“ Organisierten zuvor die rote Internationale gesungen hatten. Ihre Wut kannte darüber keine Grenzen. Vor Gericht stritten sie ihre Schaulichkeit ab, was jedoch beim Gerichtshof wenig Eindruck machte. Der Staatsanwalt führte aus, daß es geradezu seltsam sei, daß die Täter hinterwärts über den christlich organisierten Müller hergefallen und in unmenschlicher Weise zugerichtet hätten. Es sei nur schade, daß nicht alle Tatsachen bewiesen werden könnten. Er beantragte daher für Bogat in Anbetracht seiner Vorstrafen 4 Monate und gegen Engelle 3 und Wihl. Schreiber ebenfalls 3 Monate Gefängnis. Mildernde Umstände könnten den Angeklagten nicht zugestanden werden. Das Gericht schloß sich dem fast ganz an und verurteilte Bogat zu 4, Engelle und W. Schreiber zu je 2 Monate Gefängnis sowie den Kosten. Wir glauben wohl mit der breiten Öffentlichkeit übereinzustimmen, wenn wir sagen, daß solche Roheitsheiden die vom Gericht ausgesprochene hohe Strafe verdienen.

Bücherchau.

Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland. Von Joseph Kipper. (Soziale Tagesfragen, Heft 39.) gr. 8° (38). M.-Glabach, 1912, Volksvereins-Verlag GmbH, 60 Pf.

Inhalt: I. Der „Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“. II. Die „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands“. III. Neuorganisation der sozialistischen Jugendbewegung. IV. Tätigkeit und Ziele der sozialistischen Jugendbewegung, beurteilt aus ihren Verbandsorganen.

Mit jähem Eifer bemüht sich die Sozialdemokratie bereits seit Jahren, die heranwachsende Jugend in das sozialistische Fahrwasser hineinzuführen. Sie hat keine Schwierigkeiten gescheut, um ihren Ziele, sei es auch auf den gewundensten Umwegen, näher zu kommen. Das Ziel schien ihr das Schweißes wert; denn mit Recht sagte sie sich: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft! Aber auch auf bürgerlicher Seite hat man den großen Zukunftswert unserer Jugend und ihre gefährliche Bedrohung erkannt. Ueberall bemüht man sich zurzeit um die Jugend, allenthalben werden Winke erteilt und Wege gewiesen. Bei dieser Arbeit um die Jugend ist es aber unbedingt vonnöten, vorher über den Werdegang und die Entwicklungsmöglichkeiten der sozialistischen Jugendbewegung

unterrichtet zu sein. Die Möglichkeit, sich hierüber kurz und treffend zu orientieren, bietet die vorliegende Schrift, welche eine bisher sehr vermehrte zusammenstellende Uebersicht über die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Jugendbewegung darstellt.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzulenden.)

Berlin. Auf dem Abrißgrundstück Friedrichs-Ecke Laubenstraße, wo, wie wir in letzter Nummer berichteten, einem Arbeiter durch ein herabfallendes Rohr ein Fuß abgeschlagen wurde, ereignete sich schon wieder ein schwerer Unfall.

Elberfeld. Ein schweres Bauunfall trug sich am 18. Juni in der Eigengießerei der Firma Jäger in der Barresbed zu, und zwar wurden davon zwei Arbeiter betroffen, die am Anbau mit Ueberdachungsarbeiten beschäftigt waren.

Minden. (Todesfälle.) Jüngst ist man mit dem Abbruch des alten Turmes der Simeonskirche beschäftigt. Der hier Arbeit führte am Mittwoch voriger Woche ein Maurer aus 20 Metern Höhe ab und war sofort tot.

Die Konjunktur im Baugewerbe. Die Konjunktur ist im Gegensatz zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage in den meisten Gegenden Deutschlands noch immer sehr unbefriedigend.

besser ist wenig Aussicht vorhanden, daß hier in absehbarer Zeit eine Belebung der Bautätigkeit eintritt, zumal durch die ungünstige Lage des Hypotheken- und Geldmarktes überhaupt die Bautätigkeit sehr abgeschwächt worden ist.

Bekanntmachungen.

An die Verwaltungsstellenleiter. Am 25. Juni sind den Kassierern die Abrechnungsformulare für das II. Vierteljahr zugesandt; wer am 1. Juli nicht im Besitz derselben ist, hat dieses sofort zu melden.

Nachstehende Kollegen wollen, zwecks Zusendung ihrer Mitgliedsbücher, ihre Adresse dem Kollegen Josef Van Esen, Frohnhauserstraße 19, mitteilen:

- Franz Reinhard, geb. 27. 8. 1887 zu Wiesenfeld,
August Reinhard, 14. 10. 1892 "
Georg Kaiser, 9. 2. 1876 " Oberweier,
Heinrich Pfeffer, 15. 5. 1876 " Homberg,
Josef Quans, 6. 8. 1896 " Mengers,
Johannes Göbel, 29. 11. 1869 " Leibolz.

Achtung! Verwaltungsstelle Coblenz, Andernach und Neuwied.

Das Bureau dieser 3 Verwaltungsstellen befindet sich heute an in Coblenz, Eiferhoffstraße Nr. 18. Sprechstunden finden statt Dienstags und Freitags, vormittags von 8-1 Uhr, nachmittags von 3-8 Uhr.

Auschnitten und aufbewahren! Anton Frick.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Erläutige Verbandskollegen, Maurer und Hilfsarbeiter, finden Beschäftigung. Stundenlohn 56 und 65 Pf.

Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die Bücherkontrolle durch eine Kommission am 7. und 14. Juni vorgenommen wird.

Der Vorstand.

Achtung! Maurer und Zimmerer.

Im Verbandsbezirk Redlinghausen wird eine größere Anzahl Maurer und Zimmerer gesucht. Kollegen, welche gewillt sind, hier Arbeit anzunehmen, werden gebeten sich schriftlich oder mündlich auf unserer Geschäftsstelle Redlinghausen, Große Geldstr. 7, zu melden.

Als verloren gemeldet und für ungültig erklärt ist das Mitgliedsbuch Nr. 11 077, lautend auf den Namen Emanuel Egemann aus Karlsgrund, Str. Rosenbergl. D. Sch.

Achtung! Bezirk Breslau.

Die Verwaltung des Bezirks Breslau ist bis auf weiteres dem Kollegen Franz Gottschall übertragen. Sämtliche dem Bezirk Breslau betreffende Zuschriften sind von jetzt ab an dessen Adresse zu richten.

Sterbetafel.

Am 15. Juni starb unser treuer Kollege Peter Mehl im Alter von 57 Jahren an Schlaganfall. Beihülfe Edu-Rippes.

Am 17. Juni d. J. verstarb unser treues Mitglied Julius Preuß an Lungenschwindsucht. Beihülfe Danzig (Maurer). Ehre ihrem Andenken!

Hut ab

vor der vorzüglichsten Wirkung der allein ersten Stecknadel-Teerschmelze von Hermann & Co., Radikal.

christliches Gasthaus

Zimmer mit 1, 2, 3 und 4 Betten im Preise von 75 Pf. bis 1.50 M. per Bett. Städtische Zimmer sind mit Zentralheizung und elektrischem Licht ausgestattet.

Wir erlauben uns, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf dieses neue Gasthaus aufmerksam zu machen und sie zu bitten, dort einzutreten, falls sie nach Leipzig kommen.

Der Verein für innere Mission zu Leipzig.

Advertisement for 'Kochgeschichten' (Cooking Stories) by Hermann & Co., featuring recipes and kitchen tips.

Advertisement for 'Likör-Extrakte' (Liquor Extracts) by Johann Groß, highlighting various flavors and health benefits.

Advertisement for 'Jagrad-Fahrräder' (Jagrad Bicycles) by Emil Hohfeldt, showcasing different models and features.

Advertisement for 'Berufsbekleidung' (Professional Clothing) by Emil Hohfeldt, offering suits and accessories.

Advertisement for 'Berliner Fröbelschule' (Berlin Froebel School) by C. Krobmann, detailing the school's curriculum and location.

Advertisement for 'Rathaus-Hôtel' (Rathaus Hotel) by Carl Reinhardt, located in Berlin C 2, Stralauer Straße 33.

Advertisement for 'Schwere Leiden' (Severe Suffering) medicine, claiming relief for various ailments like rheumatism and neuralgia.

Advertisement for 'Westfalia-Kinderwagen-Industrie' (Westfalia Children's Carriage Industry) by Bruno Richtzenhals, featuring various carriage models.

Advertisement for 'Familien-Wässhmaschine' (Family Washing Machine) by K. Hönniger, highlighting its efficiency and durability.